Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 5.39 zł, vierteljährlich 16.16 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — **Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung rc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 257. **Bromberg, Mittwoch den 9. November 1932.** **56. Jahrg.**

Denkmäler vorn und hinten.

An einem der letzten Sonntage hat man in Posen ein Denkmal eingeweiht, wie es heißt, aus Dankbarkeit für die Wiedererrichtung des Polnischen Staates. Das Denkmal soll ein religiöses sein, aber es hat die Form eines Triumphbogens der Cäsaren. Es steht zwischen dem früheren Residenzschloß und der Akademie, an der Stelle, an der zu deutscher Zeit das Bismarckdenkmal stand. Dieses Dankbarkeits-Denkmal weiß sich nur schwer in das Bild seiner Umgebung einzufügen. Es paßt sich in seiner Bauart keineswegs den benachbarten Bauten an, stört den schönen, freien Blick zum Stadttheater und ist, darin ist sich auch ein großer Teil der polnischen Bevölkerung Posens einig, keineswegs schön zu nennen. Der Entwurf des Denkmals wurde bereits vor einigen Jahren angefertigt. Der Bauausschuß schob dann mehrfach die Arbeit erneut auf; aber immer griff man wieder zu dem ersten Entwurf zurück. Vor dem mittleren Teil dieses triumphalen Dankdenkmals steht eine Christusfigur, während sich über den beiden Außenbogen die Reliefs von Köpfen kirchlicher Würdenträger befinden.

Die polnische Presse ergeht sich aus Anlaß der Enthüllung dieses Denkmals in Jubel und billigen Vergleichen. Man sieht einen tiefen Sinn in der Tatsache, daß dieses Denkmal gerade an der Stelle steht, an der sich früher das Bismarckdenkmal befand. Man zieht Parallelen zwischen Bismarck und Christus und bescheinigt sich gegenseitig die höhere Kultur, für die dieses Denkmal spreche. „Statt Bismarck — Christus, der König! Statt einer fremden Übermacht und politischer Gewalt das allgemein Menschliche, schreibt ein großes Posener Blatt.

Und wie sieht dieses „allgemein Menschliche“ nun eigentlich aus, wenn man es von allen Seiten aus betrachtet? Wer einmal die Rückseite dieses Denkmals, das durch seinen triumphalen Charakter und seine Ausmaße nicht viel von „demütiger Dankbarkeit“ verrät, auf sich wirken läßt, der erlebt eine nicht gelinde Überraschung: man sieht kriegerische Gestalten, schwer bewaffnet, die die Kehrseite des „allgemein Menschlichen“ darstellen. **Vorn Christus**, ein Papst- und ein Bischofs-Relief, **hinten** Soldaten, **vorn** Demut, Dankbarkeit und Frieden, **hinten Krieg**. Bei dem großen Sinn, den die polnische Bevölkerung für Symbole hat, darf sie es niemandem verübeln, wenn man auch in dieser Zwiespältigkeit nur ein Symbol sieht. Ein Symbol für den Charakter des Geistes, der dieses Denkmal geboren hat.

*

Übrigens steht dieser Geist keineswegs vereinzelt da. Da wir gerade bei den Denkmälern sind: In Bromberg hat man dem Dichter Henryk Sienkiewicz ein Denkmal errichtet. Man betonte in der Presse das Faktum, daß das erste polnische Denkmal in Bromberg keinem Krieger, keinem Soldaten, keinem Staatsmanne gegolten habe, sondern einem Dichter gewidmet sei. Gegen diese Feststellung ist nichts zu sagen. Sienkiewicz war ein großer Schriftsteller, der über die Grenzen Polens hinaus bekannt geworden ist. Sienkiewicz ist Nobelpreisträger und eines Denkmals würdig. Aber auch dieses Denkmal enthält den Charakter derjenigen, die es errichtet haben. Auf der Rückseite des Denkmals ist nämlich das Bekenntnis in Stein gemeißelt, daß das Standbild nicht dem Dichter des „Quo Vadis“ gewidmet ist, dem Dichter des Werkes, das ihn in aller Welt bekannt gemacht hat, sondern dem Dichter der „Krzyżacy“, der „Kreuzritter“, einem Werk, in dem der Deutsche Ritterorden nachweisbar einseitig und unrichtig in den finstersten Farben geschildert wird und das nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, den Deutschenhaß zu schüren. Dem Dichter **dieses** Werkes hat man das Bromberger Denkmal errichtet. Auch hier das zweifache Gesicht, auch hier der Unterschied zwischen Vorder- und Hinteransicht, zwischen offizieller und inoffizieller Fassade.

*

In der Nähe von Bromberg befindet sich die Albrechtshöhe. Dort haben zu deutscher Zeit oft Manöver stattgefunden und einmal hat Prinz Albrecht von jenem Hügel aus den Verlauf von Militärübungen beobachtet. Man setzte darauf einen Stein auf den Berg und nannte ihn Albrechtshöhe.

Jetzt hat man dort ein Kreuz errichtet, das Zeichen christlicher Nächstenliebe, auch aus Dankbarkeit für die Errichtung des polnischen Staates. Aber die Urkunde, die im Fundament eingemauert wurde, beginnt mit den Worten: „An der Stelle des zerstörten Denkmals der Unfreiheit.... Und es war, wie gesagt, ein Stein, ein Findling, auf dem stand „Albrechtshöhe“ zu lesen. Weiter nichts.

1:5.

Newyork, 8. November. (**Eigene Drahtmeldung.**) **Am heutigen Tage der amerikanischen Präsidentschaftswahl werden 531 Wahlmänner bestimmt werden, die die Wahl des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten vornehmen sollen. Präsident Hoover hat seine Wahlpropaganda mit einer im Staate Utah gehaltenen Ansprache beendigt. Am Montag abend wurden die Wahl-Wetten mit 1 : 5 zugunsten Roosevelts abgeschlossen.**

Neurath und Schleicher

über die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung.

London, 7. November. (Eigene Meldung.) Reichsaußenminister **Freiherr von Neurath** legt in einem Artikel in der **„News Chronicle“** den englischen Lesern die politischen Gründe für Deutschlands Gleichberechtigungs-Ansprüche dar, wobei er in gewissen Punkten der Simon-Note antwortet, ohne sie zu erwähnen. Einleitend bemerkt er, daß nunmehr baldigst die Frage beantwortet werden müsse, **ob eine allgemeine Abrüstung möglich ist oder nicht**, und ob die Hoffnung auf die Weltwirtschaftskonferenz berechtigt ist oder zur Enttäuschung führen muß. Nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages, so führt er dann weiter aus, sei es völlig klar, daß die deutsche Abrüstung nur der erste Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung sei. Die Forderung Deutschlands, daß der Versailler Vertrag zur Grundlage der allgemeinen Abrüstung gemacht werden solle, sei einmal im Namen der Gleichberechtigung erfolgt, weil nämlich dieser Grundsatz die Abrüstung **aller** Nationen nach **gleichen** Methoden und bis zum **gleichen** Ausmaß fordert, dann aber auch im Namen der Abrüstung, weil nämlich unzweifelhaft die deutsche Abrüstung wirklich und wirksam war und sich mit den umfassenden Faktoren der militärischen Rüstungen befaßte. Die Mehrzahl der Nationen habe sich geweigert, einem Abrüstungssystem, das sich auf den Versailler Vertrag stützte, nachzukommen. Es sei aber für Deutschland ganz zwecklos, sich an einem Abkommen zu beteiligen, das verschiedenartige Rechte für die verschiedenen Völkergruppen darstelle. Abschließend wendet sich der Reichsaußenminister gegen die Anklage, daß Deutschland wiederaufrüsten wolle. Nicht Deutschland wolle rüsten, sondern die anderen Länder, die sich weigerten, abzurüsten und dieselben Verpflichtungen wie Deutschland zu übernehmen. Man müsse hoffen, daß die deutsche Gleichberechtigungs-Forderung als eine **natürliche Sache** anerkannt werde. Er hoffe weiter, daß die deutsche Haltung den Verhandlungen über die allgemeine Abrüstung einen neuen und entscheidenden **Anstoß geben** werde.

In einem Artikel im **„Daily Expreß“** begründet gleichzeitig Reichswehrminister General **von Schleicher** die militärische Seite der deutschen Gleichberechtigungsforderung. Der **Wehrgedanke** habe weder mit militärischen, noch mit irgend welchen Angriffsplänen etwas zu tun. Er sei im Gegenteil die **beste Sicherung für den Frieden**, da der Mißbrauch der militärischen Macht zum Kriege führen muß, während die gesunde Wehrkraft eines Staates jeden Angriffs-Krieg als zu gefährlich erscheinen lasse. Schleicher bezeichnet es dann als einen der schärfsten Widersprüche, daß Deutschland zwar seit 1919 versucht habe, das größte Maß innerer Freiheit zu erreichen, jedoch nicht die Mittel gehabt habe, die Freiheit nach außen hin zu verteidigen. Ein ähnlicher Widerspruch liege vor, wenn ein beträchtlicher Teil der deutschen Nation das Recht der Verteidigung bei Partei- und Klassenkämpfen hätte, wenn man ihm aber nach außen hin dieses Recht bestreite. Es sei die Tragödie des deutschen Soldaten, daß er durch den Versailler Vertrag der Mittel beraubt wurde, die deutschen Grenzen zu verteidigen. Es sei aber das Ziel des deutschen Wehrgedankens, die deutsche Gleichberechtigung in den Verteidigungsmitteln zu suchen, das deutsche Volk in der Sache der nationalen Verteidigung zu einigen, sowie die einseitigen und entehrenden Beschränkungen für die deutsche Wehrkraft zu beseitigen. Deutschlands Lage hinsichtlich der nationalen Verteidigung sei unhaltbar. Wie kann eine Wehrmacht ohne Flugzeuge, Tanks, schwere Artillerie, streitbare Mannschaften und Rüstungsindustrie die Landesgrenzen gegen schwergerüstete Staaten verteidigen? Wie kann sich ein Volk sicher fühlen, wenn seine Wehrkraft streng vom Volke getrennt ist, und wenn es verboten ist, irgend etwas mit militärischen Angelegenheiten zu tun zu haben? Wenn Deutschlands unbefestigte und entmilitarisierte Grenzen von modernen in Waffen starrenden Festungen der Feinde beherrscht sind und Deutschland der Luftverteidigung beraubt ist?

Deutschlands Lage in den letzten 12 Jahren sei die Antwort auf diese Fragen. Nach außen hin habe Deutschland einen erfolglosen Kampf gegen die Macht geführt. Wirtschaftlich sei Deutschland durch die Reparationen zur Verzweiflung gebracht worden. Im Innern sei eine Unterhöhlung der seelischen und geistigen Grundlagen des deutschen Staates erfolgt, eine Unterhöhlung der Staatsautorität, Deutschland müsse diesem circulus vitiosus entrinnen, wenn es weiter bestehen solle. Der Nebel, der durch endlose und ergebnislose Verhandlungen entstanden sei, müsse zerteilt werden. „Wir müssen der Wahrheit ins Gesicht sehen, **daß Recht ohne Macht Hilflosigkeit bedeutet und daß Macht ohne Recht nichts ist als Tyrannei.“**

Zum Schluß verlangt General von Schleicher **eine Gesinnungsänderung im deutschen Volke** selbst. Die Bereitschaft, Opfer zu bringen, den Geist der Kameradschaft in den Dienst für das Vaterland zu stellen — **„Die alten deutschen Tugenden müssen wieder Leitsatz des deutschen nationalen Lebens werden.** Das Wichtigste ist die **Tat** und das **Beispiel**. Der Staat muß der aktive Vertreter des Wehrgedankens werden. Er muß bei der Erziehung der Jugend im Geiste der Vaterlandsliebe und in der Frage der körperlichen Ertüchtigung führend vorangehen. Diese Aufgabe darf nicht den Parteien und Verbänden überlassen bleiben, auch darf der Staat angesichts der gegenwärtigen Lage keine Hand zurückweisen, die sich zum Dienst in dieser Sache anbietet. Nur auf diese Art können Staat, Volk und Reichswehr zu einer nationalen Einheit zusammengeschweißt werden.

Eine Absage an Rumänien?

Der Pariser „**Temps**“ bringt aus Bukarest die Nachricht, die **Polnische Regierung** habe eine Bitte der Rumänischen Regierung, Polen möchte die Vermittlung zur Anknüpfung neuer Verhandlungen über den sowjetrussisch-rumänischen Nichtangriffspakt wieder aufnehmen, **ablehnend beantwortet**. Die Polnische Regierung habe dem Minister Titulescu mitgeteilt, sie halte es für richtig, sich von den rumänisch-russischen Verhandlungen fernzuhalten.

Diese Ablehnung hat, wie der „Temps“ meldet, in den rumänischen politischen Kreisen großes Aufsehen erregt, besonders, da Polen sich vielfach mit den Verhandlungen zwischen Rumänien und den Sowjets befaßt hat. Angesichts der Absage Polens — schreibt der „Temps“ weiter — das seinerseits den Pakt mit den Sowjets unterzeichnet hat, und das die Absicht hat, ihn dem Warschauer Parlament zur Ratifizierung vorzulegen, sieht man in gut unterrichteten Bukarester Kreisen voraus, daß die Verhandlungen mit Rußland auf große Schwierigkeiten stoßen werden. Minister Titulescu hatte im Zusammenhang damit eine lange Unterredung mit dem französischen Gesandten in Bukarest.“

Der „**Kurjer Poznański**“ versieht diese Mitteilung mit der Bemerkung, daß er dem „Temps“ die Verantwortung dafür überlassen müsse. Wir schließen uns diesem Vorbehalt an.

Treue Liebe.

Man ist darüber entsetzt, daß Polen als ein Sturmbock gegen Moskau dienen könnte.

Der jüdische **„Nasz Przegląd“** **warnt** vor der **ganz unbegründeten Illusion**, als ob der Rücktritt Zaleskis „**eine Emanzipierung des Belvedere** von den übermächtigen Einflüssen des **Quai d' Orsay**“ zu bedeuten hätte. Daß der Minister Beck von französischen Presseorganen persönlich angegriffen werde, sei von keiner grundsätzlichen Bedeutung. Polen könne nicht von der Seite Frankreichs weichen. Da **„London danach strebt, Berlin in seine sowjetfeindlichen Pläne einzubeziehen**, wird — so betont das jüdische Blatt — **ein enges Zusammenwirken Frankreichs und Polens in der direkt entgegengesetzten Richtung einfach zu einer historischen Notwendigkeit.“ „Nur** sinnberaubte Germanophile — meint das jüdische Blatt — können sich die Möglichkeit eines Abrückens Polens von Frankreich und einer Annäherung an die preußischen Junker vorstellen . . .“ —

Diese Zeitungsstimme bedarf keines Kommentars.

Paderewski — der kommende Staatspräsident?

Der Londoner **„Evening Standard“** hat gestern das sensationelle Gerücht veröffentlicht, **nach welchem der ehemalige polnische Ministerpräsident Ignacy Paderewski als Kandidat für das Amt des künftigen Präsidenten der Republik ausersehen sei.**

Das Blatt behauptet, daß Präsident **Mościcki** infolge der letzten tragischen Familienereignisse nicht wieder kandidieren werde. „Evening Standard“ vertritt den Standpunkt, daß die Kandidatur Paderewskis, die von Regierungskreisen aufgestellt werde, nicht allein von den Stimmen des Regierungsblocks, sondern auch von denen der Rechts- und der Linksopposition unterstützt werden dürfte. Das Blatt fügt jedoch hinzu, daß der Standpunkt des Marschalls **Piłsudski**, der über diese Fragen in Polen entscheidend ist, noch nicht bekannt sei, umsomehr, als der Marschall seit einigen Jahren mit Paderewski nicht zusammengekommen sei.

Doch eine Mehrheit?

Berlin, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die gesamte Presse beschäftigt sich auch weiterhin mit der Bildung **einer neuen Regierung auf parlamentarischer Grundlage**. Man erwartet, daß es trotz aller Hindernisse gelingen werde, eine Mehrheit zu bilden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ kündigt an, daß in den nächsten Tagen **Verhandlungen** eingeleitet werden würden, um die **Nationalsozialisten zur Zusammenarbeit mit der Regierung** zu gewinnen. Diesem Block würden außer den Nationalsozialisten die Deutschnationalen, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und kleinere Gruppierungen mit der Gesamtzahl von 350 Mandaten beitreten. Es hängt viel davon ab, ob **Hitler** wiederum für sich das Portefeuille eds Reichskanzlers fordern wird.

Die Tätigkeit der KPD.

Die deutschen Kommunisten haben bei den letzten Reichstags-Wahlen nicht weniger als 100 Sitze belegt. Mit Rücksicht auf diese Tatsache, die am Vorabend eines krisenreichen und arbeitsarmen Winters ihr besonderes Gewicht erhält, dürften die nachstehenden Ausführungen unsere Leser interessieren. Wir entnehmen sie dem „Tatkreis". D. R.

Durch die Kaltstellung von Heinz Neumann, einem der einflußreichsten und aktivsten Führer der Kommunistischen Partei in Deutschland, ist die Aufmerksamkeit wieder stärker auf die Vorgänge innerhalb der deutschen kommunistischen Bewegung gelenkt worden. Neumann, der sehr oft als besonderer Schützling Stalins eigene Wege gegangen ist, man denke an die nationalistische Parole zum Wahlkampf 1930, vertrat bisher den Standpunkt, in einer wenn auch nur vorübergehenden Tuchfühlung mit der Sozialdemokratie den Kampf gegen den „Faszismus" durchzuführen. Seine Parole: „Schlagt den Faszisten, wo ihr ihn trefft", schloß eine besondere werbende Behandlung der sozialdemokratischen Arbeiter aus. Seine Methode vernachlässigte die politische Kleinarbeit und war mehr auf eine Sofortrevolution unter Anwendung individuellen Terrors eingestellt.

Durch die Tagung des XII. Plenums des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale (E. K. K. J-Plenum) Anfang September in Moskau ist seine Politik jedoch desavouiert worden. Er ist wie so mancher Eigenbrötler in Ungnade gefallen, jedoch nicht ausgeschlossen worden. Nach einer Reue-Erklärung in der Prawda lebt er augenblicklich auf der Krim.

Die neuen kommunistischen Richtlinien sehen eine erhebliche Verschärfung des Kampfes auch gegen den „Sozialfaszismus" der Sozialdemokratie vor. Die SPD wird als die „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie" bezeichnet. „Nur wenn die Kommunisten zwischen den sozialdemokratischen Führern und den sozialdemokratischen Arbeitern streng unterscheiden, können sie die Mauern, die sie häufig von den sozialdemokratischen Arbeitern trennt, im Namen der revolutionären Einheitsfront von unten niederreißen." Der Führer der KPD Deutschlands lieferte durch sein Referat auf dem XII. Plenum zu den Richtlinien und der neuen Taktik das Material. Wie immer bisher wurde diese Taktik zuerst in Deutschland ausgeprobt und diente als Unterlage zu neuen international gültigen Instruktionen: Im Mittelpunkt der neuen Taktik stehen „die kleinen Kämpfe" um die Tagesinteressen. Was man schon seit Monaten an Deutschland erlebte, ist nun zur allgemeingültigen Forderung erhoben: Betriebsstreik, Erwerbslosendemonstrationen, Mieterstreiks unter der Parole „Erst Brot, dann Miete", gewaltsame Verhinderung von Exmissionen, Belegung leerstehender Wohnungen, Belagerung von Lebensmittelgeschäften, truppweises Auftreten in Kaufhäusern, wo unter Drohung Lebensmittel verlangt werden, usw. Über die Ausmaße dieser als Unterlage dienenden „Proben" in Deutschland gab Thälmann auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz einen Überblick, indem er unter anderem erklärte, daß vom 16. 9. 32 — 14. 10. 32, also in einer Zeit, die vor den Beschlüssen des XII. E. K. K. J-Plenum lag, von der „Roten Gewerkschaftsopposition" (RGO) 447 Streiks in Deutschland durchgeführt seien, von denen 228 mit Erfolg gekrönt waren.

Sodann geht aus den Beschlüssen des XII. E. K. K. J-Plenums hervor, daß man trotz des letzten Wahlerfolges nicht gewillt ist, zu den bis 1923 üblichen Ansichten über die Möglichkeit einer erfolgreichen kommunistischen Sofortrevolution in Deutschland zurückzukehren. Man kommt immer mehr zu der Ansicht, daß erst die Voraussetzungen zu einer erfolgreichen Erhebung geschaffen werden müssen, nämlich die Einheitsfront von unten und ihre allmähliche Gewöhnung ans Kämpfen. Zu diesem „von unten" rechnet außer der SPD. auch die NSDAP. Ein so prominenter Kommunist wie Walter Ulbricht stellt freimütig fest: „Die gesamte Parteimitgliedschaft muß erkennen, daß angesichts des Masseneinflusses der NSDAP. ohne Einbruch in die Reihen dieser Partei der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland nicht mehr möglich ist." Damit ist praktisch „die bolschewistische Revolution" ad calendas graecas oder auf „eine eventuell günstige Gelegenheit" vertagt; denn diese Einheitsfront wird für Deutschland nur schwer herzustellen sein. Bei diesem Zweifrontenkrieg der KPD. gegen SPD. und NSDAP. ist selbstverständlich, daß im Kampfe gegen die letztere auch die nationalsozialistischen Parolen wieder eine bedeutende Rolle spielen.

Der Kampf gegen das Versailler System, für den Anschluß Deutsch-Österreichs und das Eintreten für die deutschen Minderheiten ist ein starker Bestandteil dieser Kampfparolen. Das „Programm der sozialen und nationalen Befreiung Deutschlands", das durch den Aufruf der Z. K. (Zentral-Komitees) der KPD. am 17. September 1932 verkündet wurde, erklärt dazu: „Nur eine Arbeiter- und Bauernpolitik, verbündet mit der Sowjetunion im gemeinsamen Kampf mit dem arbeitenden Volke Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei wird alle Tributfesseln zerreißen". Diese Propaganda wird vorzüglich durch die „Aufbruchs-Arbeitskreise" geführt, des Leserkreises der Zeitschrift „Aufbruch", die von dem zur KPD. übergetretenen, ehemaligen Reichswehrleutnant Scheringer herausgegeben wird. Ein Redakteur derselben ist der ehemalige Führer des Freikorps Oberland, Hauptmann Beppo Römer. In der gleichen Linie liegt die gerade jetzt laufende Serie von Artikeln in der kommunistischen A. J. Z. (Arbeiter-Illustrierte Zeitung), in der Scheringer seinen Lebenslauf schildert, vor allen Dingen die Zeit der schwarzen und legalen Reichswehr, bis zum Übertritt der KPD.

Die Taktik zielt darauf hin, nicht durch individuellen Terror gegen einzelne Nationalsozialisten in den Betrieben die Spannung zu vergrößern, sondern „alle Kräfte einzusetzen, um die Arbeiter und Werktätigen in der NSDAP in den gemeinsamen Kampf der Arbeiter zu ziehen". Nebenher geht der altgewohnte Kampf auf allen übrigen Gebieten, in der Bauernschaft, der Landarbeiterschaft, im Arbeitsdienst. Lagerzeitungen nach Art der Betriebszeitungen dienen dem Kampf innerhalb der Arbeitsdienstbewegung, Kollektivverweigerung der Annahme des Arbeitsdienstes durch Arbeitslose soll von außen diese Bewegung zermürben. In Ablehnung aller karitativen Tätigkeit, soweit sie nicht von der KPD und ihren Organisationsanhängseln selbst ausgeübt wird, gilt der Kampf auch den überall bestehenden Tagesheimen für Erwerbslose. An ihrer Stelle sucht die KPD durch die auf Propaganda abgestellte JAH (Internationale Arbeiter-Hilfe) auf die Erwerbslosen Einfluß zu gewinnen. Die „Freitischaktion für hungernde Kinder" von der Berliner kommunistischen „Welt am Abend" und die Bildung von straßen- und häuserweisen Solidaritätsausschüssen zur Sammlung von Lebensmitteln liegen in der gleichen Richtung.

Außerdem sind für alle Eventualitäten Massenstreiks, augenblicklich hauptsächlich für das Ruhrkohlenrevier, ins Auge gefaßt und Vorbereitungen für eine vielleicht aufgenötigte Illegalität getroffen worden. Alles in allem ist es eine bis ins kleinste gehende Generalstabsarbeit, die aber, wie leicht bei überorganisierten und daher mechanisierten Betrieben, dem Leben und den Menschen nicht immer die richtige Position anweist.

H. E.

Die polnische Presse über die Reichstagswahl.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 8. November.

Bisher hat nur ein Teil der Warschauer Presse zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen in Deutschland Stellung genommen. Mit einer zusammenfassenden Besprechung ist u. a. der **„Kurjer Warszawski"** hervorgetreten, der in seinem die deutschen Wahlergebnisse analysierenden Leitartikel zunächst die Tatsache hervorhebt, daß in Anbetracht der Wahlbeteiligung von beinahe 80 Prozent der Wähler von einer politischen Apathie in Deutschland nicht die Rede sein könne. Auf Grund der bisher eingelaufenen Nachrichten wird festgestellt, daß die Wahlen einzig der deutschnationalen Partei und der kommunistischen Partei zum Vorteile gereichten. „Am Auslande — führt das Blatt aus — wird zumal die Nachricht von den weiteren Fortschritten des deutschen Kommunismus einen Eindruck machen, des Kommunismus, der seit dem Fiasko der deutschen Demokratrie an Kraft zunimmt". Alles zusammengenommen, ergebe sich die Schlußfolgerung, „daß **die deutschen Wählermassen sich weiter radikalisieren**".

„Hitler — so schreibt das Blatt weiter — zahlt wahrscheinlich die Kosten des Verhaltens im August d. J. Hindenburg hatte ihm damals nicht wenig angetragen: die Vizekanzlerschaft im Reich, einige Ministerportefeuilles und die ganze Macht in Preußen. Hitler antwortete: „Alles oder nichts". Und als Hindenburg damals die Diskussion mit einem soldatischen Nein! beendet hatte, ging Hitler ruhig nach Hause. Die Wähler haben ihm ziemlich laut in Erinnerung gebracht: **„Du hattest uns doch gesagt, daß du uns nach Berlin führen wirst?"**, doch Hitler hatte zu jener Zeit ein geschwächtes Gehör. Wenn es wahr ist, daß derartige Massenbewegungen vom Nimbus der potentiellen Kraft leben, die man schwereren Lebensproben nicht aussetzen dürfe, so kann der Hitlerismus auf den Weg des allmählichen Verlustes der Anziehungskraft gedrängt werden."

Am zufriedensten können nach Ansicht des Blattes die Barone sein. Sie besäßen zwar keine Stütze im Reichstage und 90 Prozent des deutschen Volkes wären gegen sie. Aber nicht darum handele es sich. Viel wichtiger sei, daß im neuen Reichstage **„die Bildung irgend einer ständigen Mehrheit unmöglich sei."** Da der Reichstag als arbeitsunfähig erscheine, so sei die Präsidialregierung moralisch und politisch begründet. „Die ganze Kunst Papens wird bloß darin bestehen, sich seitens des Reichstages „Toleranz" zu garantieren. Wenn die Hitlerleute, nach Empfang irgend einer Bezahlung, sich dazu bereit erklären werden, wenn das Zentrum einen anderen Weg nicht wird riskieren wollen, so **kann die Regierung der Barone fortdauern, sofern es sie nicht gelüsten würde, die Verfassung zu ändern, die Reste des Föderalismus fortzuräumen und überhaupt „im großen" zu reformieren"**. Das Blatt räumt aber auch eine andere Möglichkeit ein, daß z. B. der Reichstag ein Mißtrauensvotum beschließt, die Dekrete ablehnt und überhaupt seine gesetzgeberische Gewalt ernst nimmt. Was dann? Das Blatt äußert zum Schluß die Ansicht, daß **die Frage eines offenen und formellen Staatsstreichs in Deutschland in der Reihe der nächsten Aktualitäten** erscheinen könne.

Der Verfasser dieser Betrachtung greift — wie man sieht — den Ereignissen zu hitzig vor und schließt von polnischen Verhältnissen auf deutsche.

Ein anderes Organ der nationalistischen Rechten, **„ABC"**, weicht in der Beurteilung des Wahlergebnisses vom „Kurjer Warszawski" in manchen wesentlichen Punkten ab. In den „Im Westen nichts Neues" betitelten Darlegungen des „ABC"-Blattes werden die Stimmenzahlen aufmerksamer betrachtet und mit den Wahlbeteiligungszahlen verglichen. Das Blatt betont, daß die Verschiebungen der Stimmenzahlen, die auf die einzelnen Parteien gefallen sind, sich aus der gegenüber den Wahlen vom 31. Juli d. J. erfolgten Verminderung der Wählerzahl um beinahe 1½ Millionen ergeben. Der Stimmenrückgang der Nationalsozialisten ist also verhältnismäßig unbedeutend. Der Reichstag zählte im Juli 1932 — 608 Mitglieder, davon 230 Nationalsozialisten, jetzt wird der Reichstag 577 Mitglieder zählen, davon 195 Nationalsozialisten: die Verminderung der Anzahl der Mandate drückt sich im Rückgang von 37 Proz. auf 33 Prozent aus. Daher erfährt **die vorherrschende Stellung Hitlers** keine Änderung. Das Blatt erkennt eine Tatsache von „erstrangiger Bedeutung" darin, **daß Hitler sich an der Spitze der deutschen Parteien behauptet.**

Das Blatt kommt zusammenfassend zu folgendem Schluß: „. . . Es gibt weiter **keine mögliche Mehrheit ohne Hitler,** denn nach Abrechnung der Kommunisten (100) und Hitlers (195) verbleiben im Reichstage überhaupt nur 282 Stimmen, also eine Minderheit." Papen könne zwar mit seinen 49 Stimmen nichts anderes tun als . . . den Reichstag auflösen; doch bestehe die Frage, wie lange dieses Stück aufgeführt werden könne und ob dieses den Präsidenten Hindenburg zufrieden stellen werde. **„In Deutschland ist Hitler weiterhin obenauf"**, schließt das Blatt und sieht dort nur „Unordnung" (?!) und „die Ankündigung gewaltsamer Zusammenstöße."

Einen ganz besonders pessimistischen Kommentar veröffentlicht der der Regierungspartei nahestehende **„Kurjer Poranny"**. „Wir sind", so schreibt das Blatt, „Zeugen davon, wie Deutschland sich in Lager spaltet, die leicht zu einem inneren Kampfe führen können. Ebenso wie einst in Deutschland der Bauernkrieg wütete, kann jetzt ein Arbeiterkrieg entstehen. Denn es sind wenig Aussichten vorhanden, daß in Deutschland alle Fabriken, die ganze Industrie in Gang gebracht werden können. Ohne Belebung der Industrie aber hat Deutschland nicht die Möglichkeit, die ganzen Massen der Arbeiterarmee, die die künstlich formulierten Ersatzbeschäftigungen nicht lange über Wasser halten können, zu befriedigen. Und dies ist sozusagen das ernsteste Problem in der Innenpolitik Deutschlands.

„Es ist nicht anzunehmen", so heißt es im „Kurjer Poranny" weiter, „daß die Regierung des Herrn von Papen sich wiederum eine Auflösung des Parlaments leisten könnte. Eher ist damit zu rechnen, daß ein solcher oder ein anderer Schleicher den Versuch unternehmen wird, für seine Regierung, wenn auch nur den Anschein einer Unterstützung im Parlament zu gewinnen, und für diese Unterstützung wird er mit einem Kompromiß mit den Nationalsozialisten bezahlen müssen. Dies wird auf der internationalen Arena sicher mit weiteren Forderungen Deutschlands in die Erscheinung treten, daß man ihnen den ersten Platz unter den Völkern der Welt zuerkenne. Die Kristallisierung einer ausdrücklichen deutschen Politik haben die letzten Wahlen nicht gebracht, diese haben das Chaos noch vergrößert. Dieser Umstand ist sowohl für die Innenpolitik Deutschlands als auch für die internationalen Verhältnisse, die von der Ordnung oder dem Chaos in Deutschland in hohem Grade abhängig sind, nicht vielversprechend. (Von einem Chaos in Deutschland sollte man besser nicht sprechen! D. R.)

Der **„Dzień Polski"**, ein gleichfalls der Regierung nahestehendes Organ meint ebenfalls, daß die Wahlen keine wesentlichen Ergebnisse gebracht hätten. Man könne sich nicht vorstellen, daß bei dem gegenwärtigen Stimmenverhältnis im Reichstage irgend eine Mehrheit, um so weniger eine Mehrheit entstehen könnte, welche die Regierung des Herrn von Papen unterstüen würde. Vielleicht könnte dies dem Kanzler angenehm sein, da er die vollkommen begründete Grundlage zur nochmaligen Auflösung des Reichsparlaments hätte. Das Spiel mit den andauernden Wahlen sei jedoch ein nicht allein materiell ruinierendes Experiment, da die Bevölkerung in einem Zustande der ständigen Erregung und Nervosität erhalten werde. Werde das Ergebnis der Wahlen mit den Komplikationen in Zusammenhang gebracht, die den Berliner Streik verursacht haben, so werde man feststellen können, daß die Lage in Deutschland nicht allzu rosig sei, und daß die Regierung des Herrn von Papen vor sehr schweren Aufgaben stehe.

Über den Wahlausfall in Deutschland äußert sich der nationaldemokratische **„Kurjer Poznański"** u. a. wie folgt:

„Die Lage im Reichstag hat sich dahin geändert, daß es keine Mehrheit des Zentrums und der Hitler-Leute gibt. Eine Mehrheit wäre möglich, die von Hitler über Hugenberg zum Zentrum führt; aber werden bei der Radikalisierung der Hitlermassen und bei den starken antikapitalistischen Strömungen im Zentrum diese beiden Gruppen sich mit der typisch bürgerlichen Hugenbergs verbinden wollen? Man muß vielmehr annehmen, daß die Regierung Papen sich auf den Standpunkt stellen wird, daß das neu gewählte Parlament arbeits- und lebensunfähig ist, so daß die Macht weiter in den Händen außerparlamentarischer Faktoren verbleiben muß. Auf einem anderen Blatte steht, daß eine solche Politik immer schwieriger wird, namentlich da die Massen Hitlers eine größere Widerstandsfähigkeit gezeigt haben, als man angenommen hatte und da sich gleichzeitig der Kommunismus bei dem System Papens noch kräftiger entwickelt hat. Im Mittelpunkt der inneren Aufgaben Deutschlands bleibt also weiter das Verhältnis Hitlers zu Schleicher. Wir werden also sicherlich Zeugen weiterer innerer Komplakationen in Deutschland sein. Die letzten Wahlen verliefen inmitten einer starken Erregung und blutiger Konflikte, wenn man auch von den Barrikaden und Straßenkämpfen in Berlin absehen will. **Trotz dieser Erregung hat sich keine Gruppe in der Presse über die Parteilichkeit der Behörden bei den Wahlen, über keinen ungesetzlichen Druck auf die Wähler, noch auf den Versuch einer Terrorisierung der Opposition noch darüber beklagt, daß man die Wähler gezwungen hätte, offen zu wählen. Die Behörden beobachteten bei den Wahlen die Rechtmäßigkeit und Gesetzlichkeit. Es ist das für Deutschland ein sehr günstiger Umstand für die nähere und fernere Zukunft, da es die Staatsbehörden in die Parteikämpfe nicht verwickelt und ihnen dadurch die Autorität und die Achtung sichert; die Regierung kann es dadurch sich selbst und anderen erleichtern, aus der sehr komplizierten Lage herauszukommen."**

Republik Polen.

Personaländerungen in der Diplomatie.

Der Präsident der Republik hat den Gesandten Polens in Bukarest **Jan Szembek** zum Unterstaatssekretär im Außenministerium, den Leiter der Abteilung für internationale Verfassungsangelegenheiten **Edward Raczyński** zum ständigen Delegierten Polens beim Völkerbunde ernannt.

Laut Informationen, die von berufener Seite ausgehen, seien zahlreiche einschneidende Personaländerungen auf den diplomatischen Außenposten zu erwarten. Gerüchte verweisen auf den **Obersten Schätzel** als auf den Nachfolger Szembeks auf dem Bukarester Posten. Weiter seien bestimmt: Szumlakowski, der gewesene Kabinettschef Zaleskis, für den Gesandtenposten in **Prag und Grzybowski,** der bisherige dortige Gesandte zum Nachfolger des Pariser Botschafters **Chłapowski,** der in den nächsten Tagen zurücktreten soll. Auch der Rücktritt Skirmunts vom Londoner Botschafterposten sei unwiderruflich entschieden.

Aus anderen Ländern.

Mussolinis Amnestie.

Der italienische Ministerrat hat am Sonnabend unter dem Vorsitz Mussolinis einen Amnestie- und Gnadenerlaß für politische Vergehen gutgeheißen, der bereits dem König nach San Rossore zur Unterschrift zugeleitet worden ist. Der Erlaß betrifft auch ausgesprochen antifaszistische Vergehen und stellt den weitestgehenden politischen Gnadenakt dar, der seit dem Bestehen des Königreiches Italien ausgesprochen worden ist. Gewisse Einschränkungen sind nur gegenüber rückfälligen und sich verborgen haltenden Verbrechern gemacht worden.

Die Verlegung der polnischen Eisenbahndirektion noch einmal verschoben.

Laut Verfügung der polnischen Staatsbahndirektion ist die Verlegung der Direktion aus Danzig wiederum verschoben worden und zwar bis zum 1. Mai 1933. Gleichzeitig wird auch die Verteilung der Abteilungen auf Thorn und Bromberg veröffentlicht, die insofern sehr eigenartig ist, als ein einheitlicher Gesichtspunkt dabei anscheinend nicht maßgebend ist. Es kommen nämlich nach Thorn Verkehrsabteilung, Mechanische Abteilung, Wegeabteilung, Personalabteilung mit Ausnahme eines geringen Teiles für soziale Angelegenheiten, Finanzabteilung und Direktionskasse. Nach Bromberg kommen ebenfalls ein Teil der Personalabteilung, Handelstarifabteilung, Rechtsabteilung, Vorratsabteilung, Sanitätsabteilung und Direktionskanzlei.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 8. November.

Zeitweise aufheiternd.

die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet zeitweise aufheiterndes Wetter bei wenig veränderten Temperaturen an.

Ueber die Wege zur deutsch-polnischen Verständigung

sprach am Sonntag in der Aula des Coppernicus-Gymnasiums im Rahmen der Bromberger Ortsgruppe des polnischen Vereins der Friedensfreunde der Generalsekretär des Internationalen Versöhnungsbundes Kaspar Mayr. Als erste Aufgabe bezeichnete er die Niederkämpfung der fatalistischen Auffassung, daß nur ein Krieg eine Lösung des deutsch-polnischen Problems herbeiführen könne, als zweite Aufgabe forderte er die Schaffung eines Alphabets der Verständigung. Er verwies auf die Bedeutung des Minderheiten-Problems und betonte, daß es eine Hauptaufgabe der deutschen Friedensfreunde sein müßte, für die kulturellen Rechte der polnischen Minderheit in Deutschland einzutreten, ebenso müßte es Aufgabe der polnischen Friedensfreunde sein, für die deutsche Minderheit in Polen sich einzusetzen — nach dem Grundsatz: Was du nicht willst, daß man dir tu, das füge auch keinem andern zu. Über die Schwierigkeit des deutsch-polnischen Problems gab sich der Redner Rechenschaft und betonte, daß vielleicht erst die nächste Generation eine Lösung herbeiführen könne.

Sodann sprach Pfarrer Prof. Hoffmann aus Breslau als Mitglied des Friedensbundes der deutschen Katholiken. Er behandelte in sehr interessanter Form die Friedensaufgaben der polnischen und der deutschen Katholiken und stellte die Forderung auf, daß die Katholiken beider Länder im Sinne der christlichen Lehre sich aus dem Haß zwischen den beiden Völkern auszuschließen und für eine Verständigung einzutreten hätten.

§ **Kein Abbau bei der Eisenbahn.** Von dem polnischen Verkehrsministerium werden die Gerüchte über einen neuen geplanten Abbau der Eisenbahnangestellten als unbegründet dementiert. Die Herabsetzung des Personals soll nicht auf dem Wege von Entlassungen, sondern auf dem Wege der Beschränkung des Zustroms von neuen Angestellten erfolgen.

§ **Plötzlicher Tod.** Der Landwirt Hermann Hartfiel aus Fuchsschwanz war mit einer Fuhre Torf nach Bromberg gekommen, die er für einen Mieter des Hauses Friedrichstraße (Dluga) 16 ablud. Als er nach einiger Zeit aus dem Keller nicht zurückkehrte, suchte man den Landwirt und fand ihn leblos auf. Der herbeigerufene Arzt der Rettungswache konnte nur noch den durch Herzschlag eingetretenen Tod feststellen.

§ **Ein beträchtliches Schadenfeuer** brach gestern um 12.20 Uhr in dem Hause Bahnhofstraße 14 aus. In dem Gebäude hinter der Drogerie „Monopol" (Inhaber Fr. Bogacz) befinden sich Fabrikräume, in denen Christbaumschmuck hergestellt wird. U. a. werden dort auch Wunderkerzen fabriziert, von denen am gestrigen Tage eine große Anzahl auf einen speziellen Trockenofen zum Trocknen untergebracht waren. Als eine von den 20 Angestellten des Betriebes eine Kerze anzündete, um festzustellen, ob diese bereits den nötigen Trockenheitsgrad erlangt hatte, warf sie den Rest der abgebrannten Kerze zu den übrigen und kurze Zeit darauf entzündeten sich die dort lagernden Wunderkerzen. In wenigen Augenblicken hatten die aufgestapelten Kartonnagen Feuer gefangen und ein großes Lager an Christbaumschmuck stand in hellen Flammen. Glücklicherweise gelang es den Angestellten, das Freie zu erreichen. Eins der dort beschäftigten Mädchen erlitt leichte Verletzungen. Die sofort alarmierte Feuerwehr war in 1½ Minuten zur Stelle und ging mit großer Energie an die Bekämpfung des gefährlichen Brandes. Nach etwa einstündiger Arbeit war jede Gefahr beseitigt. Der Schaden, den das Feuer verursacht hat, ist sehr beträchtlich, er soll 8—9000 Złoty betragen.

§ **Ein Kirchendieb festgenommen.** In Lodz verhaftete die Polizei den 25jährigen Friseur Adam Majtkowski, dem eine ganze Reihe von Kirchendiebstählen in verschiedenen Orten Polens, darunter auch in Bromberg, nachgewiesen werden konnten. So hat er hier zweimal die Klarissenkirche bestohlen und seine Beute an Hehler verkauft.

§ **Vorsicht vor angeblichen Zimmermietern!** Bei der Frau Golinska, Schifferstraße (Babia Wieś) 13 erschien auf eine Anzeige hin ein elegant gekleideter junger Mann, der für seinen Freund ein Zimmer mieten wollte. Die Frau zeigte das in Frage kommende Zimmer, das der Jüngling sich so genau besah, daß ihm selbst 100 Złoty in der Kommode nicht entgehen konnten. Er stahl unbemerkt die 100 Złoty und verschwand.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Elisabethverein. Versammlung Mittwoch, den 9. Nov., nachmittags 4½ Uhr, im Zivilkasino. (8873

Vom Dasein Gottes.

Wenn allen Nationen von jeher die Überzeugung sich aufgedrungen hat: Religion sei das einzige Mittel, der elenden Natur des Menschen aufzuhelfen; und wenn alle Weisen wie aus einem Munde gelehrt haben: Erkenntnis, die nur irdische Dinge zum Gegenstand habe, sei nicht würdig dieses Namens; alle: daß man zur Erkenntnis des Überirdischen nicht gelangen könne als durch überirdische Gesinnung; daß Gott sich den Herzen kund tue und sich denen verberge, die ihn mit dem Verstande allein suchen; daß die Gesetze Gottes Flügel für die Seele seien, sich in seine Gegenwart hinaufzuschwingen; — was Wunder dann, daß, wo die menschliche Natur sinkt, auch die Erkenntnis Gottes sinke und im Tiere allmählich ganz verschwinde; daß, im Gegenteile, wo eben diese Natur sich hebt, die schaffende Liebe immer fühlbarer und daß es ganz unmöglich werde, daß der Mensch an dem ihn durchdringenden Dasein Gottes zweifle ...

Fr. H. Jacobi 1743—1819

□ **Crone** (Koronowo), 7. November. In der Nacht zum 7. d. M. wurde bei dem Besitzer Otto Kuhlmeier in Sanddorf (Samociżek) durch Eindrücken einer Fensterscheibe eingebrochen. Die Diebe entwendeten aus der Waschküche ein Paar Stiefel, ein Paar Schnürschuhe und andere Kleinigkeiten. Von den Dieben fehlt jede Spur. — Am 6. d. M. hielt der Männergesangverein „Eintracht" hierselbst seine Herbst-Generalversammlung ab. Nach der Wahl eines neuen Vorstandsmitgliedes kamen sechs Preise für Mitglieder zur Verteilung. Die Sangesbrüder blieben noch bei Gesang und Humor längere Zeit beisammen.

ex **Exin** (Kcynia), 7. November. Bei den Landwirt Wilke in Lindenbrück drangen Diebe in den Hühnerstall und stahlen einige Enten und Hühner. — Bei dem Windmühlenbesitzer Krüger in Neudorf versuchten Diebe in den Schweinestall einzudringen. Von dem Geräusch erwachten jedoch K. und der Arbeiter. Sie verjagten die Spitzbuben durch Schüsse.

z. **Inowroclaw**, 7. November. Nette Gäste hatte der Landwirt Pasinski aus Krzekatowo in zwei Brüdern aus Pakosch. Nachdem er sie reichlich mit Czysta bewirtet hatte, verschwanden sie unter Mitnahme einer größeren Summe Geldes. Er setzte ihnen aber sofort nach, konnte sie ergreifen und ihnen das Geld wieder abnehmen. — Durch Feuer vernichtet wurde in den Abendstunden des Donnerstages bei dem Landwirt Michalak in Prosiska die Scheune mit verschiedenen landwirtschaftlichen Maschinen und Getreide im Werte von 20 000 Złoty, wovon nur ein Teil durch Versicherung gedeckt ist.

z **Kruschwitz**, 7. November. Bei der Arbeit verunglückt. Der Arbeiter Thomas Lewandowski, der auf dem Fabrikhofe der Zuckerfabrik Kruschwitz mit dem Zusammenkoppeln von Waggons beschäftigt war, erhielt plötzlich durch eigene Unvorsichtigkeit von einem Waggon einen derartig heftigen Stoß, daß er besinnungslos zu Boden geschleudert wurde. — Unbekannte Diebe drangen nach Eindrücken einer Fensterscheibe von der Straßenseite aus in die Geschäftsräume der Kruschwitzer Krankenkasse ein. Sie stahlen Briefmarken im Werte von 5 Złoty, 1 Rechenmaschine, 12 Lichte und einen Apparat zum Brillen messen. — In Chelmce bei Kruschwitz wurde beim Ausschachten eines kleinen Grabens in der Tiefe einer Spatenlänge ein vollständiges Skelett mit dem Kopfe nach oben in aufrechtstehender Stellung aufgefunden. Es soll sich um das Skelett eines 13jährigen Mädchens handeln.

es **Mrotschen** (Mrocza), 7. November. In der Nacht zum Montag versuchten Diebe abermals in die Läden des Apothekers Speichert einzubrechen. Diesmal öffneten diese das Tor der Hinterstraße mit einem Dietrich, und versuchten, die Türen aufzubrechen. Die Hunde im Laden schlugen an und der Besitzer gab zwei Schreckschüsse ab, worauf die Diebe die Flucht ergriffen. — Wahrscheinlich dieselben Spitzbuben gelangten vor einigen Tagen in den Fleischerladen von Bielicki. Auch hier wurden sie gestört und nahmen nur eine Blutwurst und ein Pfund Schmalz mit.

♁ **Posen** (Poznań), 7. November. An der Ecke der fr. Kaiser-Wilhelm- und Feldstraße wurde der 28jährige Roman Dąbrowski aus der Feldstraße 10, als er sich nachts auf dem Heimwege befand, von einem unbekannten Schützen angeschossen und in einer Blutlache liegend besinnungslos aufgefunden. Er wurde in hoffnungslosem Zustande dem Stadtkrankenhause zugeführt. — Im Hause Dembsenerstraße 41 entlud sich, als ein junger Mann mit einem geladenen Revolver spielte, die Schußwaffe, und die Kugel drang dem Schulknaben Vana Lotos in die Brust. Auch er wurde in hoffnungslosem Zustande in das Stadtkrankenhaus geschafft. — Ein Bewohner des Hauses fr. Große Berlinerstraße 35/37 Adam Z. schnitt sich in einem Schwermutsanfalle die Pulsadern durch. Sein weiterer Versuch, sich die Kehle durchzuschneiden, wurde von hinzueilenden Personen verhindert. — Eigenartige Geschäftsmanipulationen wandte der 30jährige Valerian Rombowski aus der fr. Bitterstraße 43 an. Um auf leichte Weise sich über die wirtschaftliche Not der Gegenwart hinwegzuhelfen, verkaufte er in Originalverpackung als Waschpulver „Radion" irgendeine minderwertige Substanz. Da er sie sehr billig abgab, machte er so lange glänzende Geschäfte, bis ihm jetzt die Polizei den Handel legte, indem sie ihn hinter schwedische Gardinen brachte. — Gestern nachmittag erlitt in dem Dorfe Junikowo die 49 Jahre alte Marie Nowak bei der Rückkehr aus der Kirche einen Herzschlag, der ihren sofortigen Tod herbeiführte. — In Schwersenz erfolgte zwischen einem Autobus und einem Lastauto, das an der verkehrten Seite fuhr, ein so heftiger Zusammenstoß, daß beide Wagen schwer beschädigt wurden. Personen sind jedoch nicht verletzt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Eine Familie in Flammen umgekommen.

Bei der Anlegung einer Gasleitung in einem Hause in Lemberg erfolgte eine Explosion. Der Arbeiter, sowie die Frau des Hauses und ihre fünf Kinder kamen in den Flammen um. Der unglückliche Familienvater, der während des Unglücks in der Stadt weilte, ergraute bei der entsetzlichen Nachricht.

e **Nieschawa**, 7. November. Zum Bürgermeister der Stadt wurde mit Stimmenmehrheit der deutsche Hausbesitzer Rudolf Eise gewählt.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 8. November 1932.

Krakau — 2,75, Zawichost + 1,22, Warschau + 1,30, Plock + —, Thorn + 0,82, Fordon + 0,85, Culm + 0,71, Graudenz + 0,93, Kurzebrak + 1,12, Piekel + 0,34, Dirschau + 0,28, Einlage + 2,26, Schiewenhorst + 2,50.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 257

Die deutschen Familiennamen.

I.

Im Goethejahr muß man mit einem Goethezitat beginnen. Faust sagt: „Name ist Schall und Rauch". Aber dieser Goethesche Ausspruch ist nur in einem bestimmten Zusammenhange berechtigt und nicht für alle Fälle gültig. Der Name kann oft eine gewaltige Bedeutung haben.

Ursprünglich ist der Name wohl das Wesen, der Geist eines Menschen. Primitive Menschen nennen ihren Namen einem Fremden nicht, weil sie glauben: wer den Namen weiß, der hat Macht über sie. Im Märchen ist noch ein Niederschlag und Rest dieser Anschauung vorhanden. Als der Name des bösen Geistes Rumpelstilzchen ausgesprochen ist, hat dieser seine Macht verloren. Diese Anschauung hat die älteste Namengebung bestimmt. So wie der Name lautete, so würde nun auch das Wesen, der Geist des heranwachsenden Kindes gestaltet werden.

In unserer Zeit ist der Sinn der Namengebung verblaßt. Die Namengebung selber steht ja nur zu einem Teil, noch dazu nach der Anschauung unserer Zeit dem unwichtigeren, in unserer Macht. Nur der oder die Vornamen können bestimmt werden. Der Familienname dagegen kann nicht verändert werden. Den muß man führen, ob er einem gefällt oder nicht. Die Vornamen aber haben nur auf dem Lande noch die Hauptbedeutung, sonst wird der Mensch in der Regel nach dem Familiennamen genannt.

Darum wollen wir auch die deutschen Familiennamen einmal einer sinnenden Betrachtung unterziehen. Die Namengebung der Vornamen würde auf eine jeweilige Mode stoßen. Man achte nur z. B. bei Konfirmationen mehrere Jahre hintereinander auf die Vornamen, wie serienweise in den einzelnen Jahren bestimmte Namen vorkommen und wechseln.

Über die Entstehung der Familiennamen herrscht mancherlei Unkenntnis und Einbildung. Man meint, die Obrigkeit habe die Einführung der Familiennamen angeordnet. Das ist wohl zuletzt geschehen, bei den Juden und in Ostfriesland. Aber sonst ist die Bildung der Familiennamen nicht auf Anordnung einer Behörde erfolgt. Man ist noch nicht zur Klarheit über die Entstehung der Nachnamen — so muß man wohl richtiger statt Familiennamen sagen — gelangt. Sie sind in den einzelnen Gegenden auch zu verschiedenen Zeiten aufgekommen. Am frühesten finden wir Beinamen in Süddeutschland und am Rhein, seit 1106. Im 13. Jahrhundert ist die Sitte schon verbreitet in Mitteldeutschland bis nach Schlesien und Pommern.

Schon bei den alten Germanen kam es vor, daß einer zwei Namen führte, außer dem eigentlichen Namen noch einen Kosenamen oder einen Beinamen. Der Ostgotenkönig Baduila ist z. B. unter dem Kosenamen Totila bekannt. Ein Alarich bekommt wegen seiner Kühnheit den Namen Baltha. Flavus, der Bruder des Germanenbefreiers, hat diesen römischen Namen neben seinem germanischen. Zur Unterscheidung der Gleichnamigen mußten Zusätze gemacht werden, wie man es jetzt noch auf den Dörfern findet: der kleine Rudolf, der Husarenrudolf, der krumme Rudolf usw., je nach körperlichen oder geistigen Vorzügen oder Gebrechen, nach Beruf oder Herkunft usw. In manchen Familien gab es auch erbliche Namen, die jedem Gliede mitgegeben wurden, so daß für zwei Brüder zur Unterscheidung Doppelnamen erforderlich waren. Vor allem wurden der Name des Hofes oder der Burg Namensbestandteile. Die Entwickelung der Städte beeinflußte diese Entwickelung der Doppelnamigkeit, weil die Träger desselben Namens doch von einander unterschieden werden mußten. Schließlich hat die Mode ein übriges getan. Beim Adel fing es an, die Dienstmannen folgten, der Städter wollte ebenso fein sein, und schließlich machte es der Bauer nach.

Im Mittelalter ist aber der Vorname immer noch die Hauptsache, der Zuname nur zur Unterscheidung nötig. Man betrachte nur in dem Monogramm Albrecht Dürers das große **A** über dem kleinen **D**!

Die Frauen haben keinen selbständigen Namen entwickelt. In der Zeit, als die Namen noch nicht erstarrt waren, sträubte sich das Sprachgefühl, den verheirateten Frauen einen männlichen Familiennamen zu geben, etwa Hedwig Schulz, da hieß es die Karschin, Millerin, Bäcker Schultsch (Fritz Reuter), noch jetzt volkstümlich „die Müllern". Das Polnische beachtet noch jetzt das Geschlecht, die Frau des Sokołowski heißt Sokołowska.

Woher sind nun die Familiennamen genommen?

Ein großer Teil ist der Fortbestand der altdeutschen Taufnamen. In Schleswig ist ein — sen, d. h. Sohn angefügt, z. B. Petersen, Hinrichsen. Oft nur eine Genitivwendung — s, z. B. Wilhelms, Wilms.

Die meisten sind von der Wohnstätte und dem Herkunftsort genommen. Nicht nur die Adelsnamen. Das „von" gilt erst seit dem 17. Jahrhundert als Kennzeichen des Adels. Vorher teilten sich neben dem Hochadel auch Ritter, Bürger und Bauern darein, wie noch heute das van in Holland kein Adelszeichen ist.

Nach Stadt und Dorf, Land und Gau, Haus, Hof und Flur werden die Zunamen gewählt. Bei den Flurnamen kommen seltsame Gebilde heraus: Wolfsdarm, Saumagen, Lehmkuhl.

Am verbreitetsten sind die Namen von Stand und Beruf: Müller, Schmidt, Böttcher, Meier (Pächter eines Meierhofes).

(Schluß folgt.)

Pommerellen.

8. November.

Graudenz (Grudziądz).

Der Kreistag des Landkreises Graudenz

hielt am letzten Sonnabend eine Sitzung ab. Über die Angelegenheit der vom Kreise beabsichtigten Einziehung rückständiger Steuern (seit dem 1. Oktober 1931) in Naturalien referierte Starost Niepokulczycki. Die auf diese Weise erzielten landwirtschaftlichen Produkte sollten ausschließlich für die Unterhaltung der Arbeitslosen Verwendung finden. Ein von der Kreisverwaltung an die Wojewodschaftskammer gerichtetes Gesuch, die in Rede stehende Art der nachträglichen Steuereinziehung zu genehmigen, ist aber von der Kammer abgelehnt worden. Diese begründet ihre Ablehnung mit der Behauptung, der Landkreis Graudenz würde mit der Durchführung eines solchen Vorhabens unstreitig Verluste erleiden. So war also eine Beschlußfassung in der Angelegenheit gegenstandslos geworden.

Sodann trat der Kreistag an die Festsetzung der Höhe der Kreiskommunalzuschläge zu den staatlichen Steuern für das Etatsjahr 1933/34 heran. Es wurde beschlossen, die gleichen Zuschlagssätze wie im laufenden Jahre zu erheben. Weiter erfolgte die Wahl von sechs Mitgliedern in die Steuereinschätzungskommission. Ein Antrag des Pfarrers Firyn in Okonin betr. die Rückerstattung von Kreiseinkommensteuern für 1926/27 wurde als nicht in vorgeschriebener Frist gestellt nach kurzer Besprechung abgelehnt. Schließlich erfolgte noch die Wahl einer Anzahl Schiedsrichter und deren Stellvertreter. *

× **Der tüchtige „Frant".** Vor einigen Tagen wurde dem Holzhändler Pochert in Dragaß ein Geldbetrag von ca. 3000 Złoty entwendet. Die Michelauer Polizei forderte den Graudenzer Polizeihund „Frant" an, der dann auch sofort eine Spur aufnahm. Er führte die Beamten zunächst zu einer etwa 400 Meter entfernten Stelle auf dem Felde, wo man eine Hausapotheke und dabei auch eine dem Herrn P. gehörige Brieftasche mit 400 Złoty fand. Sodann leitete der Hund die Beamten zu dem etwa weitere 400 Meter befindlichen Hause eines dortigen Bewohners, der zu der Zeit nicht anwesend war. Jedenfalls geriet er in den Verdacht der Täterschaft. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, ist dieser Mann allerdings nicht der eigentliche Langfinger, sondern den Diebstahl selbst begangen zu haben, wird einem Bekannten von ihm zur Last gelegt, während ersterer „nur" Schmiere gestanden hat. Beide werden sich in der Angelegenheit zu verantworten haben. *

× **Die feierliche Einführung des Propstes** der hiesigen katholischen Parochie, Rates Partyka, fand Sonntag vormittag von 10 Uhr ab statt. Dazu waren u. a. Bischof Dr. Okoniewski aus Pelplin sowie Wojewode Kirtiklis aus Thorn erschienen. Am Nachmittag des gleichen Tages erfolgte die Einweihung des neuen katholischen Waisenhauses am Tuscher Wege. *

× **Änderung des Brotpreises.** Die Bäckerinnung macht bekannt, daß von jetzt ab bis auf weiteres in Stadt- und Landkreis Graudenz der Preis für 1 Kilogramm Roggenbrot 31 Groschen beträgt. Das bedeutet eine Verbilligung des Brotpreises um 2 Groschen für das Kilogramm. *

× **Von Galizien nach Pommerellen ohne Fahrkarte.** Auf dem hiesigen Bahnhof wurde am Sonntag ein dreizehnjähriges Bürschchen namens Michał Romanowski aus einem Orte der Wojewodschaft Lemberg angehalten. Der unternehmungslustige Junge hatte es nämlich fertiggebracht, die ganze Strecke mit der Bahn zurückzulegen, ohne im Besitze einer Fahrkarte zu sein. *

× **Bestohlen** wurde um eine Schreibmaschine im Werte von 5—600 Złoty, sowie um zwei Radioapparate im Werte von 700 Złoty die Firma Józef Kręcki, Grabenstraße (Grobłowa) 33, sowie um eine goldene Damenuhr, zwei goldene Ringe, Wäsche usw. im Gesamtwerte von 600 Złoty Anna Szymański, Lindenstraße (Lipowa) 33. — Stefan Purwin, Amtsstraße (Budkiewicza), hat der Polizei mitgeteilt, daß ihm seine goldene Uhr im Werte von 150 Złoty entwendet worden sei. *

× **Speichereinbrecher** sind in letzter Zeit immer häufiger an ihrem Werke. Vor acht Tagen wurde dem Warenmagazin der Glaswaren- usw. Firma Artur Martin, das sich in der Speicherstraße (Spichrzowa)befindet, ein Besuch abgestattet und daraus u. a. eine Anzahl Bügeleisen entwendet. Damals hatte man die Fensterluke an der Weichselseite als Eingang ins Innere gewählt. In der Nacht zum letzten Freitag haben wieder Einbrecher im Martinschen Speicher ihr Unwesen getrieben. Diesmal erbrachen sie das starke Patent-Vorhängeschloß an der Eingangstür. Bei ihrer Arbeit wurden sie von einem dortigen Wächter beobachtet, der die Polizei benachrichtigte. Den Beamten gelang es, einen Teil der in ebenfalls dort gestohlenen Wannen gepackten, aus Tee- und Kaffeeservicen sowie sonstigen Artikeln dieser Branche bestehenden Beute, die die Täter auf der Flucht beim Schloßberge zurückgelassen hatten, dem Bestohlenen zurückzuerstatten. *

× **Wegen Kindesmordes** hatte sich am Montag die 35jährige Franciszka Wilkowska aus Prust (Pruszcz), Kreis Schwetz (Swiecie), vor der Graudenzer Strafkammer zu verantworten. Sie hat im August d. J. ihr neugeborenes Kind weiblichen Geschlechts ums Leben gebracht. Die Angeklagte war geständig und wurde zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. *

Thorn (Toruń).

‡ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug Sonntag und Montag früh unverändert 0,80 Meter über Normal. — Aus Warschau trafen die Dampfer „Jagiełło" und „Mars" ein, von denen ersterer wieder zurückfuhr, während „Mars" nach Danzig weiterdampfte. Auf der Fahrt von Danzig zur Hauptstadt legten die Dampfer „Mickiewicz" und „Stanisław" hier an. * *

t. **Das Pommerellische Wojewodschaftsamt bestätigte** die im Sommer vorgenommenen Wahlen zum Wojewodschafts-Sejmik. Demnach sind rechtmäßig gewählt aus der Stadt Thorn die Herren Antoni Antczak, Stefan Michałek und Józef Pohl, als deren Vertreter die Herren Wincenty Krupka, Aleksy Makowski und Marjan Musiał, ferner aus dem Landkreise Thorn die Herren Tadeusz Kentzer-Lipniczek und Walenty Malinowski-Thorn, als Vertreter Herr Franciszek Dolatowski. * *

t. **Spinale Kinderlähmung in Thorn? In den letzten Tagen sollen einige plötzliche Todesfälle unter 3—6jährigen Kindern in Thorn vorgekommen sein, und zwar nach etwa nur 24stündiger Erkrankung. Ärztliche Hilfe soll in jedem Falle vergeblich gewesen sein. Es wird davon gesprochen, daß dies Fälle spinaler Kinderlähmung gewesen seien. Da unter der Bürgerschaft erhebliche Beunruhigung herrscht, wäre es gut, wenn behördlicherseits oder aus Ärztekreisen so schnell als möglich eine Aufklärung gegeben werden würde.** * *

v **Im Zusammenhang mit dem Fleischerstreik** nimmt der Magistrat der Stadt Thorn zu der Kalkulation der Fleischpreise wie folgt Stellung: „In ihrer Erwiderung auf die Ausführungen des Magistrats vergleicht die Fleischerinnung die Handlungsunkosten aus den Zeiten, als eine Kuh 400 Złoty kostete, mit den gegenwärtigen Unkosten bei einem Preis von 100 Złoty für eine Kuhe, vergißt dabei aber die damaligen Fleischpreise mit den heutigen zu vergleichen. Nämlich als im November 1930 eine Kuh 400 Złoty kostete, betrug der Preis für 1 Kilogramm Rindfleisch mit Knochen 2,50 Złoty und für 1 Kilogramm Fleisch ohne Knochen 2,80 Złoty. Dagegen beträgt heute, wo gemäß den Angaben der Fleischerinnung eine Kuh nur 100 Złoty (d. i. 25 Prozent des früheren Preises) kostet, der Preis für 1 Kilogramm Rindfleisch mit Knochen 1,50 (60 Prozent des früheren Preises) und für 1 Kilogramm Rindfleisch ohne Knochen 2,20 (beinahe 80 Prozent des früheren Preises). — Obiger Vergleich illustriert am besten den tatsächlichen Verdienst der Fleischer. — Und wie mag erst die Kalkulation der Fleischwaren, bei denen die Fleischer den größten Verdienst haben, aussehen?" * *

‡ **Straßenunfall.** Sonnabend nachmittag gegen 7 Uhr wurde die in der Mellienstraße (ul. Mickiewicza) 144 wohnhafte Pelagja Dąbrowska beim Überschreiten des Fahrdammes von einem Straßenbahnwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Sie erlitt dabei allgemeine Verletzungen, die ihre Überführung ins städtische Krankenhaus erforderlich machten. * *

t **Taschendiebe** hatten sich wieder einmal den Wochenmarkt am Freitag als Betätigungsfeld erkoren. Sie erbeuteten von einem hiesigen Bürger ein Portemonnaie mit 53 Złoty Inhalt und von Frau Ottilie Hauser aus Steinau (Kamionka) eine Geldbörse mit 14 Złoty Bargeld. * *

‡ **Laut Polizeirapport** gelangten kleinere Diebstähle zur Anzeige, von denen einer bereits aufgeklärt werden konnte, ferner eine Unterschlagung. Zur Protokollierung gelangten sechzehn Übertretungen polizeilicher Vorschriften, drei Verstöße gegen Bestimmungen der Eisenbahn, eine Körperverletzung, eine Sachbeschädigung und ein Fall gefährlicher Bedrohung. — Festgenommen wurden je zwei Diebe und Schwarzfahrer auf der Eisenbahn. * *

---

ef **Briesen** (Wąbrzeźno), 6. November. Unbekannte Diebe brachen aus den Fenstern der Filiale der Skierniewicer Brauerei die Gitterstäbe heraus und drangen sodann in das Innere. Sie durchwühlten mehrere Schränke und suchten dann unter Mitnahme von 70 Złoty das Weite.

v **Culmsee** (Chełmża), 7. November. Der nächste Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt findet, wie der Magistrat bekanntgibt, am Mittwoch, dem 9. November d. J., am Auslauf der ul. Paderewskiego und Mickiewicza statt.

d **Gdingen** (Gdynia), 7. November. Schwer verletzt wurde bei einem Autozusammenstoß in der Danzigerstraße der Kaufmann Julius Schulz, der einen Armbruch und eine schwere Gehirnerschütterung davontrug. Der schuldige Chauffeur wurde verhaftet. — Bei einer Schlägerei in der Hafenstraße wurden der Schneider Josef Mansfeld lebensgefährlich durch Messerstiche in den Rücken verletzt und der Monteur Anton Schmidt so schwer mit einem Schlagring zerschlagen, daß er bewußtlos auf der Straße liegen blieb. — Eine große Mieterversammlung fand hier gestern statt, in der über zahlreiche Mißstände gesprochen wurde. Es wurde ein neuer Vorstand gewählt und beschlossen, den bisherigen Vorstand gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen. — Einen Einbruch verübten gestern Nacht unbekannte Diebe beim Kaufmann S. Schwarz, dem Lebensmittel im Werte von 250 Złoty gestohlen wurden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

tz **Konitz** (Chojnice), 7. November. Eine würdige Gustav Adolf-Gedenkfeier fand am Sonntag abend 6 Uhr in der Dreifaltigkeitskirche statt. Ein Posaunenvortrag leitete die Feier ein, darauf folgte ein Gemeindegesang und Gebet und Schriftverlesung. Fräulein Koch trug wirkungsvoll ein Gedicht auf Gustav Adolf vor und dann brachte der Kirchenchor ein Lied zum Vortrag. Darauf folgte ein Kinderspiel, in dem als Rahmen ein Lehrer mit einigen Schülern sich über die Bedeutung Gustav Adolfs unterhält, und es ziehen an ihren Augen Bilder vorüber von 1532, 1632, 1732 und 1832. Kinder und Erwachsene wurden ihrer Rolle mit Hingebung gerecht und die andächtige Gemeinde folgte aufmerksam den Darbietungen. Nach einem gemeinsamen Gesang hielt Superintendent Rietz eine zu Herzen gehende Ansprache, in der er auf das lebendige Denkmal des Königs und Helden hinwies, auf den Gustav Adolf-Verein, der vor hundert Jahren gegründet wurde und notleidenden Glaubensbrüder und Gemeinden Schutz bietet. Nach dem Gebet beschloß ein Posaunenvortrag die erhebende Feier. — Der Wincent-Frauenverein veranstaltete gestern im Hotel Engel einen „Wohltätigkeits-Bazar". Der Besuch ließ ziemlich zu wünschen übrig, was wohl auf die schwere Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Es ist dies um so bedauerlicher, da der Reinertrag des Abends für die notleidende Bevölkerung bestimmt war. — In Fehlenz wurde die neuerbaute Kirche durch den Bischof Okoniewski am letzten Sonntag eingeweiht. Viele auswärtige Gäste waren dazu erschienen.

a **Schwetz** (Swiecie), 7. November. Der heutige Wochenmarkt war trotz der vorgerückten Jahreszeit gut beliefert und auch der Verkehr war lebhaft. Für Butter, die reichlich vorhanden war, wurde 1,50—1,60 pro Pfund gezahlt. Eier brachten 1,90—2,00 die Mandel. — Der Schweinemarkt war nur schwach beliefert und besucht. Es wurden für kleine Absatzferkel 20—25 Złoty, für etwas ältere, bessere Ware 25—30 Złoty verlangt.

Deutsche Kriegsgefangene blieben in Sibirien.

Die früher aufgetauchten Nachrichten, daß an weltentlegenen Stellen in Sibirien deutsche Kriegsgefangenen-Kolonien ohne Verbindung mit der Umwelt bestehen, scheinen, wie aus Stockholm gemeldet wird, eine Bestätigung gefunden zu haben. In Helsingfors befindet sich ein Deutscher, Dr. Hilton, der in einem Interview aufsehenerregende Mitteilungen machte.

Es handelt sich um die Ortschaft Baranowitsch-Ucholy, die im Jahre 1919 und 35 Tagereisen (Reittage) nordöstlich von Wladiwostok gegründet wurde. Als 1918 die russische Revolution ausbrach, befanden sich in einem sibirischen Gefangenenlager 4000 deutsche Kriegsgefangene, zumeist Grubenarbeiter aus Westfalen und dem Rheinland. Nach der Revolution versuchten sie, sich mit Koltschaks Armee zu vereinigen, und später mit Denikin. Es glückte ihnen jedoch nicht, sich durchzuschlagen, zumal sie keine richtigen Waffen besaßen. Der Hauptteil der 4000 Mann starb an Hunger und Kälte.

1800 Mann gründeten schließlich eine Kolonie, die nach den beiden Orten genannt wurde, wo die Deutschen in Gefangenschaft geraten waren. Der Führer der Kolonie ist Rittmeister von Fersen.

Die Verbindungen zwischen der deutschen Kriegsgefangenenkolonie und den russischen Behörden sind dem Zeitungsinterview zufolge sehr gering. Drei- bis viermal im Jahre wird eine Karawane nach Wladiwostok geschickt. Die deutschen Kolonisten beschäftigen sich hauptsächlich mit Pferdezucht, Landwirtschaft und Jagd nach Pelztieren. Ein Kontakt mit Deutschland besteht nicht. Man findet bei den Kolonisten die schwarzweiß-rote Flagge, aber die Leiden in den Kriegsjahren hätten die Erinnerung und alle Wünsche an eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen beinahe ausgelöscht. Politische Parteien gebe es nicht. Fremde Zeitungen und Radio kommen nicht vor. Der erste Bürgermeister der jetzt 4000 Seelen umfassenden Kolonie sei noch immer Rittmeister von Fersen und sein Stellvertreter er selbst, Dr. Hilton. Die Kolonie gebe eine eigene hektographierte Zeitung heraus und habe eine deutsche Schule, wo Dr. Hilton unterrichte. Die schönste Erinnerung war die Gestalt von Elsa Brandström, die an einem Weihnachtsabend dort gewesen sei.

Südwestlich von der deutschen Kolonie soll angeblich auch noch eine Kolonie von österreichischen Kriegsgefangenen bestehen, der Abstand sei jedoch so groß, daß keine Verbindung vorhanden ist. In der schwedischen Presse ist das Interview mit Dr. Hilton in großer Aufmachung und ohne Zweifel an der Richtigkeit wiedergegeben.

Der Papst

gegen die „Verirrungen der sogenannten christlichen Kunst".

Bei der Eröffnung der neuen Vatikanischen Pinakothek in Rom hielt Papst Pius XI. eine Rede, deren Inhalt die Kunstwelt interessiert. Als der Generaldirektor der Vatikanischen Sammlungen, Nogara, gesprochen hatte, ergriff der Papst, in dessen Umgebung sich neunzehn Kardinäle und das beim Heiligen Stuhl akkreditierte diplomatische Korps befanden, das Wort und gab seiner Freude Ausdruck, daß der Bau des Architekten Beltrami nicht luxuriös ausgeführt sei — denn der Luxus wäre ja in diesen Zeiten ungeeignet —, sondern mit einem gewissen Ernst und einer klaren Pracht. Diese sei man den unermeßlichen Schätzen schuldig, die dort aufbewahrt würden, und es sei auch eine Verpflichtung gegenüber den früheren Päpsten, die immer der engen Beziehungen zwischen der großen Kunst und der Religion eingedenk waren.

Der Papst richtete sich dann in scharfer Weise gegen die „Verirrungen der modernen sogenannten christlichen Kunst". So viele und so herrliche Werke in der Pinakothek zu finden sind, so wirken sie gewissermaßen durch die unwiderstehliche Kraft des Kontrastes zu gewissen anderen kirchlichen Kunstwerken, die an das Heilige nur insofern erinnern, als sie es bis zur Karikatur, ja häufig bis zur wirklichen Entweihung, verzerren". Man versuche, sie im Namen des Suchens nach neuen Wegen zu rechtfertigen. Aber das bedeute keinen wahren Fortschritt, wenn sie nicht ebenso schön und so gut seien wie die alten.

Anleihe und Korridor-Literatur.

Das Wilnaer monarchistische Organ **„Slowo"**, dessen Chefredakteur Mackiewicz bekanntlich dem Regierungsklub angehört, beschäftigt sich in einem längeren Leitartikel mit der eventuell von Frankreich zu gewährenden Anleihe, die der Autor mit dem deutschen Abrüstungsplan in Verbindung bringt. Wir lesen in dem Blatt u. a.:

„Seit einigen Jahren hält es jeder Pole, der Frankreich bereist, der die Grenzen Frankreichs verläßt, der in Frankreich seinen Wohnsitz hat, für seine heilige Pflicht, den Franzosen klar zu machen, daß Deutschland jeden Augenblick über uns herfallen werde. Besteht doch eine große, mit besonderer Begeisterung von uns unterstützte Korridor-Literatur über die Gefahr eines deutschen Angriffs. Riesige Gelder werden von uns ausgegeben, um diese Literatur zu verbreiten und jeden friedlichen Bürger Europas mit der Möglichkeit eines gegen uns gerichteten deutschen Angriffs vertraut zu machen.

„Ja, entweder — oder! Entweder wird eine Anleihe aufgenommen, oder man impft anderen die Überzeugung ein, daß uns eine deutsche Gefahr droht. Vielleicht ist das schlimm und ungerecht und für uns peinlich, aber beide Sachen zugleich kann man nicht machen. Man hat die Wahl zwischen dem Einen oder dem Andern. Wollte man zu den Franzosen mit der Bitte um eine Anleihe irgend jemand in Begleitung von zwei Waggons Korridor-Literatur entsenden, so wäre dies dasselbe, als wenn man irgend jemand nach Geld für eine Hypothek auf ein Grundstück in Begleitung eines Mannes schicken wollte, der in großen Tönen vorhersagt, daß gerade in diesem Hause unvermeidlich ein Feuer entstehen müsse. So ist die Welt und besonders der Franzose gestimmt, daß man ungern demjenigen eine Anleihe gewährt, der das S.O.S.-Zeichen gibt.

„Wie komisch, daß große Beamte und Publizisten zeitweise solche kleinen Dinge nicht verstehen. Sie würden wahrhaftig selbst von einem so formulierten Vorschlag Gebrauch machen:

„Ich muß jetzt durch einen Wald gehen, der voll von Räubern ist. Sie werden mich überfallen. Ich gebe meinen Kopf, daß sie mich überfallen werden. Schrecklich sind diese Räuber. Ihr wißt gar nicht, welche Schnurrbärte sie haben! A propos, könnt ihr mir vielleicht nicht für diesen Weg einen Beutel mit Złoty borgen? Eine bessere Anlage gibt es nicht. Ich gebe euch das Geld mit einem großen Prozentsatz wieder. Dessen könnt ihr gewiß sein!"

Das ist keine Karrikatur. So sieht in Wirklichkeit die Verbindung von zwei Zielen in unserer Außenpropaganda aus: des Korridor-Schutzes und der Erlangung der Anleihe.

Nebenbei gesagt: verfehlt sowohl politisch wie auch militärisch die Losung „Der Korridor in Gefahr" gleichfalls das Ziel.

„Lest Grey, lest Churchill, lest Asquith. Sind diese Erinnerungen der englischen Staatsmänner für euch eine langweilige Lektüre, so glaube ich es gern. Aber dann lest doch die Forsyte-Saga von Galsworthy; denn diese lesen sogar die Personen, die sich die Finger manicuren lassen. Hat man doch im englischen und französischen Generalstab und in den Regierungen dieser Länder gewußt, daß der deutsche Angriff über Belgien beginnen werde. Das ganze Verteidigungssystem war zwischen den Franzosen und Engländern auf dieser Hypothese aufgebaut. Ebenso wußte man darüber auch in Belgien Bescheid. Der König von Belgien sprach davon. Aber es wußte davon nichts der Bürger Englands. Dieser wurde von dem Angriff auf Belgien überrascht; er hat in ihm eine Empörung gegen die deutsche Hinterlist hervorgerufen. Die Information des europäischen Bürgers darüber, daß der Korridor den Gegenstand eines Konflikts bildet, ist eine Propaganda im deutschen Interesse, nicht aber in unserem.

„Zeitweise scheint uns die polnische Politik unverständlich. Zweifellos gipfelt die polnische These darin, daß Danzig eine territoriale Einheit mit Polen bildet, daß Danzig zu Polen gehört. Wir sagen Freie Stadt Danzig, die Danziger aber stehen auf dem Standpunkt der staatlichen Selbständigkeit und bezeichnen sich als „Freier Staat Danzig." Nun hat der Ministerrat auf Antrag des Verkehrsministers beschlossen, die Eisenbahngebühren nur in polnischen Złoty in Empfang zu nehmen und daß diese Maßnahme auch das Gebiet der Freien Stadt Danzig betrifft. Ob diese Verordnung die polnische These über die polnische Einheit unterstützt oder schwächt? Eher wird sie geschwächt; denn was ist das denn für eine territoriale Einheit, wenn das durch „unsere Freie Stadt" geprägte Geld von unseren Eisenbahnen nicht angenommen wird?

„Ich bin stets ein Anhänger der Prestige-Politik gewesen. Ich entsinne mich der Zeit, als aus Anlaß von antisemitischen Unruhen in Griechenland eine griechische Volksmenge irgend einem Juden, der englischer Staatsangehöriger war, das Ehebett zerstörte. Da die griechische Regierung für das Bett nicht so viel bezahlen wollte, wie viel der Jude verlangte, demonstrierte die englische Flotte vor Athen, und der Geschädigte erhielt den Betrag, den er haben wollte. Aber als der bolschewistische Mob in Petersburg nicht etwa nur ein jüdisches Bett, sondern die Britische Botschaft angriff und einen Matrosen der Botschaft tötete, da gab es keine Flotte, es gab keine Demonstrationen, und es gab auch keine Entschädigung. Überdies hat die frühere Diplomatie, vielleicht manchmal auch nicht mit Unrecht, die Prestigefragen nur dann aufgeworfen, wenn sie wußte, daß sie die Sache zu einem siegreichen Abschluß bringen werde."

Nach diesen Ausführungen kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß er ein Anhänger der Entspannung der Beziehungen mit Deutschland sei, daß diese Entspannung beiden Partnern zugute kommen werde. Er sei gleichfalls nicht für eine Schwächung der polnischen Freundschaft mit Frankreich, vielmehr Anhänger einer Idee, die darauf abziele, daß die Verhältnisse zwischen Berlin und Warschau genau so gebessert würden, wie das für die Verhältnisse zwischen Paris und Berlin wünschenswert sei.

Wie es zum Hoover-Jahr kam ...

Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht folgende Meldung der „United Preß" aus St. Louis:

Präsident Hoover, der auf seiner Wirbelwind-Wahlreise hier eintraf, erzählte in einer großangelegten Rede zum erstenmal, welche Umstände ihn seinerzeit zur Ausrufung des Moratoriums veranlaßt hätten: Der amerikanische Botschafter in Berlin, Sackett, habe, so führte er aus, eine hastige Reise nach Washington unternommen, um ihm „die verzweifelte Lage des deutschen Volkes" zu erklären, die so furchtbar sei, daß nach Ansicht mancher neutraler Beobachter „nur ein Umsturz nach Art der russischen Revolution Hoffnung auf Rettung böte". Er habe sofort nach Erhalt dieser Mitteilungen stundenlangen Gebrauch von dem gerade damals neu eingerichteten transatlantischen Telephonverkehr gemacht, um die Lage mit den amerikanischen Botschaftern und den führenden Staatsmännern im Ausland zu besprechen — ein Schritt wie er in der Weltgeschichte noch niemals vorher unternommen worden sei. Er habe überall Entgegenkommen gefunden, und Mussolini sei in der gleichen mitfühlenden und bereitwilligen Weise wie der englische Ministerpräsident auf seine Vorstellungen eingegangen. **„Besonders bemerkenswert war"**, so fuhr Hoover fort, **„daß die Belgische und die Polnische Regierung, von denen man hätte glauben können, daß sie weit mehr als irgend welche andere Staaten noch Erbitterung gegen Deutschland fühlten, sich meinen Ausführungen nicht im geringsten verschlossen, sondern ihnen augenblicklich zustimmten.** Es war nicht nur ein Aufschub der Kriegsschuldenzahlungen auf ein Jahr, den ich zu erreichen suchte — ich wollte es zustande bringen, daß Europa ein Jahr lang die Lage, der es entgegentrieb, mit Ernst und Überlegung betrachte, und ich weiß, daß mein Moratoriumsvorschlag den Gedankengang der ganzen Welt in andere Wege leitete und einen weltgeschichtlichen Umschwung hervorrief, durch den das tragische Ende der gesamten Zivilisation vermieden wurde."

Präsident Hoover **berichtete weiter**, daß Sackett den Beweis dafür **erbracht habe**, daß die Last der Schulden und Kriegsverpflichtungen für Deutschland untragbar sei, **und daß** dieses große Volk dem **raschen Verfall** entgegengehe. Die Bevölkerung Deutschlands, so habe Sackett **erklärt**, sei völlig verzweifelt und entmutigt. **Dann erwähnte Hoover** Hindenburgs Appell an den amerikanischen Botschafter, der den letzten Anstoß zu seinem Moratoriumsvorschlag gegeben habe. „Es war mir klar, daß es sich um eine schwierige Aufgabe handelte", fuhr er fort. „Vom Krieg her herrschte noch immer Erbitterung und Haß in Europa und ließ die Annahme meines Vorschlags **zum mindesten** zweifelhaft erscheinen. Daher beschloß ich, einen gewagten Schritt zu unternehmen, und veröffentlichte meinen Plan innerhalb von 24 Stunden **nach meinen** Besprechungen mit den ausländischen Staatsmännern, um den Politikern der Welt die Möglichkeit einer Durchkreuzung meiner Absichten auf diplomatischem Weg zu nehmen."

Der Präsident ging dann zu heftigen Angriffen auf Roosevelt über und beschuldigte ihn, die Unzufriedenheit im Land durch eine Menge „irreführender, widerspruchsvoller und konfuser Erklärungen" zu schüren. Roosevelt verheimliche dem Volk die Wahrheit über die Krise, die in der Hauptsache eine Erbschaft des Weltkrieges sei; denn der Krieg habe nicht nur einen furchtbaren Zoll an Menschenleben gefordert, sondern auch eine ungeheure Schuldenlast und ständige Reibungsflächen **zwischen den einzelnen Staaten wegen der „harten Friedensverträge"** als Vermächtnis hinterlassen.

Weiter beschuldigte der Präsident seinen Gegner, die **Wirkung der (französischen) Goldabzüge** auf Amerika nicht begriffen zu haben. Roosevelt habe kein Verständnis für die Lage gehabt, die entstand, als das Ausland plötzlich fast $2\frac{1}{2}$ Milliarden Dollar Gold und Kredite aus dem Lande zurückgezogen habe. Roosevelt hätte begreifen müssen, welche Panik im amerikanischen Volk infolge dieser Maßnahme entstand, die dazu geführt habe, daß weit über $1\frac{1}{2}$ Milliarde Dollar Bargeld aus dem Umlauf gezogen und gehamstert worden sei.

Kleine Rundschau.

Eine junge Hamburgerin im Kanal vermißt.

Paris, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) In Calais zeigt man sich beunruhigt über das Schicksal einer jungen Deutschen namens Müller, die in einem Klepperboot den Ärmelkanal überqueren wollte. Sie war am Sonnabend von Hamburg kommend in Calais eingetroffen und hat bereits am Sonntag ihre Reise nach England fortgesetzt. Seither ist über ihr Verbleiben nichts bekannt. Der Hafenkommandant von Calais hat erst durch ein Telegramm aus England, worin er um Auskunft über den Verbleib gebeten wurde, von dem Verschwinden der jungen Deutschen erfahren.

Sturz vom Schornstein.

Breslau, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nacht zum Montag versuchte in Ellguth bei Kreuzburg in Oberschlesien ein junger Mann, einen 50 Meter hohen Mühlenschornstein am Blitzableiter zu erklettern, um eine an der Spitze des Schornsteins anscheinend von Kommunisten angebrachte rote Fahne herunterzuholen. Er stürzte vermutlich infolge eines plötzlichen Schwindelanfalls in einer Höhe von 30 Metern ab und blieb mit furchtbaren Verletzungen liegen. Der Verunglückte starb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Großer Opiumschmuggel eines französischen Dampfers.

Paris, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der Ankunft des französischen Dampfers „La Martin" in Marseille wurden von Zollbehörden nicht weniger als 430 Kilogramm Opium in den Packräumen des Schiffes beschlagnahmt. Das Schiff „La Martin" versieht den Dienst nach dem nahen Osten. Die französische Hafenpolizei war schon seit langem darauf aufmerksam gemacht worden, daß die in Stambul vor Anker gehenden französischen Schiffe Rauschgiftschmuggel betreiben, woran die Besatzung der Schiffe aktiv beteiligt ist. Aus diesem Grunde wurde eine eingehende Untersuchung des Schiffes vorgenommen, die ein sehr fruchtbares Ergebnis zeitigte.

Sterbendes Volk?

Deutschlands zukünftige Bevölkerungsentwicklung.

Von Dr. Carl von Tyszka,
Professor an der Universität Hamburg.

In fast allen Ländern Europas, besonders auch in Deutschland, betrachtet man mit großer Besorgnis die zukünftige Bevölkerungsentwicklung. „Sterbende Völker", so lautet vielfach die Prognose für uns Deutsche wie für die Franzosen, die Engländer und die meisten übrigen europäischen Völker. Nur allein Italien und die slawischen Länder machen eine Ausnahme. Diese wenig erfreuliche Erkenntnis baut sich auf zwei Erscheinungen auf: dem zunehmenden Rückgang der Geburten, dem ein gleich starkes Absinken der Sterbeziffer nicht gegenübersteht, so daß die jährliche Zuwachsquote immer geringer wird. Stellte sich der Geburtenüberschuß vor dem Kriege noch auf 14 bis 15 je 1000 Einwohner, so ist er gegenwärtig auf 5 bis 6 herabgesunken. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß infolge der Überalterung der Bevölkerung das tatsächliche Verhältnis zwischen Geburten- und Sterbezahl ein ganz anderes ist als die rohe Berechnung ergibt. Bereinigt man nämlich Geburten- und Sterbezahlen, so besteht schon heute kein Geburten-, sondern ein Sterbeüberschuß. Freilich wächst unser Volk vorläufig noch zahlenmäßig, aber nicht mehr lange. Nach Berechnungen des Statistischen Reichsamts und anderer Bevölkerungsstatistiker wie Burgdörfer und Kahn wird bereits bald nach 1940 Bevölkerungsstillstand und sodann Rückgang der Volkszahl eintreten.

In Verbindung damit steht die zweite Erscheinung, daß nämlich die stark gesunkene Zahl der Kinder je Ehe nicht mehr ausreicht, den Abgang durch Todesfälle auszugleichen. Haben wir doch in Deutschland schon das sogenannte „Zweikindersystem" unterschritten, indem auf die bestehende Ehe nur noch 1,9 Kinder entfallen, während mindestens drei Kinder notwendig sind, um den Volksbestand zu erhalten. Und legt man lediglich die nach dem Kriege geschlossenen Ehen zugrunde, so kommt — nach Kahn — noch nicht ein Kind auf eine Ehe: etwa 35 bis 40 v. H. der Nachkriegsehen sind kinderlos. Auch daraus geht das Aufhören des Wachstums des deutschen Volkes in naher Zukunft hervor.

Mit recht düsteren Prophezeiungen hat man die Folgen **aus dieser Entwicklung begleitet. Man hat nicht nur von** einer „Vergreisung" der Völker Europas gesprochen, sondern sieht geradezu ihr Abtreten von der Weltbühne voraus: „Untergang des Abendlandes". Will man doch berechnet haben, daß die slawischen Völkerschaften, die heute noch nicht ein Drittel Europas ausmachen, nach drei Jahrzehnten über die Hälfte Europas umfassen werden, und zieht daraus den Schluß, daß die slawische Bevölkerung die germanische wie romanische kulturell und politisch überflügeln und verdrängen würde.

Wie hat man sich objektiv zu solchen Voraussagen zu stellen? — Sicher ist zwar, daß eine durch Rückgang der Geburten bedingte Abnahme der Volkszahl recht unliebsame Folgeerscheinungen haben kann; man soll aber andererseits auch nicht übertreiben und die Gefahren größer machen, als sie in Wirklichkeit sind. Überhaupt sollte man bei Prophezeiungen stets recht vorsichtig sein, selbst wenn sie sich auf die Bevölkerungsstatistik aufbauen, welche die zukünftige Entwicklung noch verhältnismäßig am sichersten vorausbestimmen kann. Es sind schon viele Prophezeiungen über die zukünftige Bevölkerungsentwicklung gemacht, die sämtlich nicht in Erfüllung gegangen sind. So hielt z. B. der große Voltaire eine Volksvermehrung von 5 v. H. in einem Jahrhundert für völlig phantastisch. Umgekehrt sagte kurze Zeit später — um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert — der Engländer R. Th. Malthus eine Übervölkerung der Erde in kurzer Zeit voraus. Malthus stellte nämlich den Satz auf, daß die Bevölkerung sich weit rascher vermehre, als die Nahrungsmittelerzeugung im günstigsten Fall gesteigert werden könnte. Eine Übervölkerung Europas und infolge davon Hunger, Not und Elend müßten die Folge sein, wenn es nicht gelänge, der Bevölkerungsentwicklung Einhalt zu tun. Er empfahl moralische Enthaltsamkeit, Einschränkung der Kindererzeugung. Damals hatte man also Sorge, daß sich die Bevölkerung zu stark vermehre, und fast das ganze 19. Jahrhundert hat im Banne der Furcht vor der Übervölkerung gestanden. Heute wissen wir, daß diese Furcht und Sorge völlig unbegründet waren. Denn die Wirklichkeit zeigte genau das entgegengesetzte Bild dieser düsteren Prophezeiungen. Die Bevölkerung hat sich nicht schneller vermehrt als die Nahrungsmittel, sondern vielmehr, die Bevölkerung verlangsamte immer mehr ihren Zuwachs; die Nahrungsmittelerzeugung ist aber durch die Nutzbarmachung der neuen technischen Erfindungen ganz **außerordentlich gesteigert worden, so daß heute der Landwirt in allen Ländern nicht mehr weiß, wie er seine Erzeugnisse absetzen soll.** Es wird namentlich an Getreideprodukten weit mehr erzeugt, als die Bevölkerung aufnehmen kann. Das, was wir „Agrarkrise" oder „Not der Landwirte" nennen, ist nur der äußere Ausdruck dieser Entwicklung. Jetzt hat man nun — im Gegensatz zu damals — die Sorge, daß die Bevölkerung zahlenmäßig zurückgeht, und fürchtet sich vor den möglichen unliebsamen, kurz angedeuteten Folgeerscheinungen. Vielleicht aber ebenso ohne Grund wie damals zu Malthus' Zeiten.

Damit will ich die Nützlichkeit der Aufstellung einer möglichen zukünftigen Bevölkerungsentwicklung auf Grund der vorliegenden bevölkerungsstatistischen Tatsachen keineswegs verneinen. Sich ein ungefähres Bild von der Möglichkeit des Eintreffens kommender Dinge zu machen, ist immer gut. Man wird dann in der Lage sein, schon jetzt Maßnahmen zu treffen, die für die Zukunft sich als segensreich erweisen können. So ist es nur richtig, Berechnungen über die voraussichtliche Zahl der zu versorgenden alten Leute, die aller Voraussicht nach stark zunehmen wird, anzustellen, um Gefahren, die unserer Sozialversicherung daraus entstehen könnten, rechtzeitig vorzubeugen. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes wird nämlich die Zahl der Renten, die 1930 in Deutschland 3,2 Millionen betrug, aller Voraussicht nach bereits 1945 auf 5 Millionen, 1955 schon auf 5,6 und 1970 auf 6 Millionen angestiegen sein. Diese Erkenntnis ist für den weiteren Ausbau unserer Sozialversicherung sehr wesentlich. Ebenso zweckmäßig ist es, bei der Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms die mögliche zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Rechnung zu stellen. Auch eine Vorausberechnung der zu erwartenden Abnahme der Zahl der Kinder, insbesondere der schulpflichtigen Kinder, wird nützlich sein. Alle weiteren dunklen Prophezeiungen, namentlich die Schilderung von Gefahren, die aus dem angeblichen Aussterben unseres Volkes erwachsen könnten, unterlasse man aber. Wir haben genügend gegenwärtige Sorgen, und um dieser Herr zu werden, brauchen wir einen klaren Kopf und frischen Mut. Banger Pessimismus über das, was möglicherweise in ferner Zukunft einmal eintreten könnte, lähmt nur die Tatkraft und Initiative, die wir heut mehr denn je nötig haben. Es ist wahrlich nicht erforderlich, daß wir uns für unsere Kinder und Enkel den Kopf zerbrechen. Und zudem wissen wir noch gar **nicht, wie es tatsächlich einmal kommt.**

Vor entscheidenden Wendungen in Ostasien.

Die Folgen einer russisch-japanischen Verständigung.

Von Dr. Paul Ostwald.

Die schon seit langem umlaufenden Gerüchte von schwebenden russisch-japanischen Verhandlungen haben jetzt durch Äußerungen in der japanischen Presse und auch durch gewisse amtliche Erklärungen ihre Bestätigung gefunden. Die letzteren sind zugleich ein untrügliches Zeichen dafür, daß bei diesen Verhandlungen wesentliche Fortschritte gemacht worden sein müssen und daß man in kurzem mit ihrem erfolgreichen Abschluß wird rechnen können. Anfänge in dieser Richtung bedeuten bereits das Fischereiabkommen vom 13. August 1932, das im Ochotskischen Meer endlich den Frieden zwischen Rußland und Japan verbürgen soll, und ferner das Erdölabkommen zwischen beiden Mächten vom 20. September, in dem sich die sowjetrussische Naphthaindustrie zu einer jährlichen Lieferung von 60 000 Tonnen für die japanische Flotte verpflichtete. Wie jetzt verlautet, soll Rußland sich auch zum Verkauf der Ostchinesischen Bahn an Japan bereit erklärt haben; damit wäre dann einer der noch der endgültigen Regelung harrenden Hauptpunkte des russisch-japanischen Gegensatzes aus der Welt geschafft. Rußland würde durch seine Einwilligung in diesen Verkauf der Ostchinesischen Bahn sein völliges Desinteressement an der Mandschurei erklären, und nichts hindert dann mehr die endgültige Festsetzung der neuen russisch-japanischen Grenzen. Selbstverständlich bedeuten alle diese einzelnen Verträge, die anscheinend in einem neuen Abkommen zusammengefaßt werden sollen, nur Kulisse für die Anerkennung des neuen durch Japan eingerichteten und unter Japans Leitung stehenden Mandschureistaates durch Rußland. Möglich ist natürlich auch, daß der zu erwartende russisch-japanische Vertrag eine ausdrückliche Erklärung der Anerkennung des Mandschureistaates russischerseits enthält, indessen muß das abgewartet werden. Doch so oder so, Japan wird von Rußland aus für seine Mandschureipolitik vorläufig nichts mehr zu fürchten haben.

Mit diesem Erfolg, an dem heute kaum noch gezweifelt werden kann, ist aber der japanischen Politik ein ganz bedeutender Schlag gelungen, und zwar in erster Linie gegen den Hauptgegner seiner Machtpolitik in der Mandschurei, gegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Die amerikanische Politik hat von Anfang an in schärfstem Gegensatz gegen Japans Vorgehen in der Mandschurei gestanden, und sie ist heute noch am allerwenigsten dazu geneigt, sich mit dem Zuschlagen der offenen Tür in der Mandschurei durch Japan abzufinden. Noch vor wenigen Monaten hat Amerika versucht, eine antijapanische Mächtefront zu schaffen. Es sei nur erinnert an die Besuche des Vorsitzenden des amerikanischen Heeresausschusses, Herrn Reed, in London und Paris, wo zweifellos der Versuch gemacht wurde, vor allem Frankreich zu einer Änderung in seiner Stellung zu Japan zu veranlassen, und zwar durch das Lockmittel einer amerikanischen Unterstützung gegen Deutschlands Forderung in der Rüstungsgleichheit. Es sei weiter erinnert an den Besuch des amerikanischen Generalstabschefs in Warschau, der dazu dienen sollte, Polens Neutralität für den Fall festzulegen, daß Rußland in einen Krieg gegen Japan verwickelt werden sollte. Aber auch in Rußland selbst arbeitete Amerika während der Sommermonate eifrig, um es auf seine Seite zu ziehen, und man zögerte nicht, die endliche Anerkennung der Sowjetrepublik und ferner Geldhilfe zur Durchführung des Fünfjahrsplanes in Aussicht zu stellen. Das alles ist nun aussichtslos geworden, da Rußland sich **für Japan** und **gegen Amerika** entschieden hat.

Was Rußland zu dieser Entscheidung schneller, als vielleicht erwartet werden konnte, getrieben hat, ist schwer zu erkennen. Wahrscheinlich hat die durch Rumäniens Haltung stecken gebliebene Nichtangriffspaktpolitik hier eine wesentliche Rolle gespielt. Hoffnungen, die Paris in Moskau erweckt hatte, daß Rumänien in der beßarabischen Frage nachgeben würde, sollten sich nicht erfüllen, da man in Bukarest wenig Neigung spürte, nationale Belange der französischen Freundschaft zu opfern. Die Entscheidung Rußlands für Japan muß aber noch weitere Folgen zeitigen. Frankreich wird heute noch weniger als bei dem Besuch des Herrn Reed in Paris dazu geneigt sein, seine japanfreundliche Haltung aufzugeben. Die russische Entscheidung hat auch Frankreichs Stellung in der Mandschureifrage gestärkt, und die antijapanische Front, die Amerika zustande bringen wollte, kann zu einer antiamerikanischen unter Frankreichs Führung werden. Welchen Aussichten die Verhandlungen über den Bericht der Mandschureikommission vor dem Völkerbund im Dezembebr entgegen gehen, ist danach kaum noch zweifelhaft. Hatte Frankreich im Sommer Herrn Reed noch die ausweichende Antwort gegeben, daß man in Ostasien immer auf Seiten des Völkerbundes gestanden hätte und daß man darum eine Änderung der Politik nicht ins Auge fassen könne, so wird Japan heute mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen dürfen, in Genf durch Frankreich und seine Freunde die beste Unterstützung zu erhalten. Es ist daher auch damit zu rechnen, daß von japanischer Seite alles geschehen wird, um noch vor den Verhandlungen in Genf den Vertrag mit Rußland unter Dach und Fach zu bringen, um so die französische Politik zum Festhalten an ihrem bisherigen Kurse zu zwingen und ihr jedes Ausweichen unmöglich zu machen. Denn ist das russisch-japanische Abkommen einmal Tatsache, dann würde Frankreich durch eine Änderung seiner japanfreundlichen Politik auch Rußland verletzen, um dessen Freundschaft es sich heute aus politischen und wirtschaftlichen Gründen so eifrig bemüht.

Durch alles dies werden zugleich die Rückwirkungen des russisch-japanischen Abkommens auf die europäische Politik deutlich genug beleuchtet, und hier setzt das Interesse ein, das auch **Deutschland** an ihm nehmen muß. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das russisch-japanische Abkommen eine Förderung der russisch-französischen Beziehungen zur Folge haben kann, und die deutsche Politik wird darum gerade in dieser Richtung besonders aufmerksam sein müssen. Noch ist der russisch-französische Nichtangriffspakt erst paraphiert, er ist noch nicht unterzeichnet; ebenso wartet der russisch-polnische Nichtangriffspakt der Ratifizierung, weil man in Paris und Warschau bisher noch Hoffnungen auf Rumänien setzte. Der Entschluß, ohne Rumänien jetzt mit Rußland zum endgültigen Abschluß der Nichtangriffspakte zu kommen, kann also möglicherweise durch den russisch-japanischen Vertrag herbeigeführt werden. Es bleibt das alles natürlich zunächst abzuwarten, doch wir werden beizeiten derartige Möglichkeiten und Weiterungen des russisch-japanischen Abkommens ins Auge zu fassen haben, um nicht überrascht zu werden.

Kohl mit Erbsen.

Ein beliebtes Gericht aus der französisch-polnischen Küche.

Unter der Überschrift „**Was will Deutschland?**", zitiert **Stanislaw Stroński** im „**Kurjer Poznański**" einen Artikel von **René Pinon** über die angeblichen **Absichten Deutschlands** und macht sich dessen phantastische Ansichten über die angeblichen politischen Ziele Deutschlands zu eigen. In dem Artikel heißt es u. a.:

Der Reichskanzler **von Papen** hat in zwei Reden, in München und in Paderborn, die Parole von dem Sacrum Imperium ausgegeben. Herr René Pinon, der „hervorragende" politische Schriftsteller Frankreichs schreibt darüber in einem politischen Bericht in der **„Revue des Deux Mondes"** vom 1. d. M. u. a.:

„Diese Auffassung vom Sacrum Imperium des Mittelalters bedeutet, um der Sache ihren richtigen Namen zu geben, „**Pangermanismus**", der die Quelle und die unmittelbare Ursache des großen Krieges war. Er wird angewandt für politische Zwecke Alldeutschlands in Zeiten, die nichts Mittelalterliches an sich haben. Der Kaiser von morgen wäre wie der von gestern nicht der Nachfolger Karls des Großen, der sich mit dem Papste in die Leitung der Christenheit teilte, sondern er wäre der Erbe der preußischen Könige, der summus episcopus der lutherischen Kirche, und Herr von Papen, der Katholik ist, müßte wissen, daß ein solches Kaisertum unvermeidlich einen neuen Kulturkampf heraufbeschwören würde. Hinter diesen mittelalterlichen Hüllen verbergen sich nur schlecht die Geschäfte und die Begehrlichkeiten des Germanismus. Die riesenhaften Ideen der Beherrschung der Welt, die der Krieg im Jahre 1914 verwirklichen sollte, die aber die Niederlage von 1918 zusammenbrechen ließ, und gegen deren Wiedergeburt der Versailler Vertrag kluge Bestimmungen enthielt. die den deutschen Nationalismus reizten (wer klug ist, reizt niemanden! D. R.), zeigen sich von neuem in dem Programm der Regierung von Papen. Ein „Deutschland von den Alpen bis zum Njemen!", wie Herr von Papen sagt, oder auch „von Preßburg bis Metz und Gent!", wie seine Blätter hinzufügen, — diese Ideen hatten eine gemeinsame Eigentümlichkeit mit jenem Sacrum Imperium der Hohenstaufen. Sie würden den gleichen erbitterten Kampf führen, die Vertreibung und Entnationalisierung der slawischen Völker, die sich von der Eroberung Karls des Großen bis zu den Teilungen Polens hinzieht. Die **Wiedergeburt der slawischen Welt** ist **eine Sünde**, die Deutschland den Verträgen vom Jahre 1919 nicht verzeihen kann. Und die ganze aufgeblasene Phraseologie des Kanzlers zielt auf die Frage des **polnischen Korridors** ab, den Deutschland entgegen dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung von neuem einheimsen will. Und zu diesem Zwecke, zu einer neuen Teilung Polens, zur Verübung dieser Ungerechtigkeit verursacht man in Europa die Wirren. Glaubt Herr von Papen, daß man irgendwo, selbst in London, nicht wisse, wohin seine Absicht zielt? Die Geschichte weiß, daß es **eine große deutsche Zivilisation** gibt, deren Entwicklung **niemand jemals behindert hat.** Aber die Geschichte weiß auch, daß besonders im Osten diese Zivilisation sich **immer mit Eisen und mit Eroberungen** bemerkbar gemacht hat. Das neue Deutschland des Herrn **von Papen** wie das Dritte Reich **Hitlers** wäre dem Großpreußen **Bismarcks** so ähnlich wie ein Ei dem andern." —

Zu diesen französischen Sprüchen bemerkt Herr **Stroński** von sich aus:

„Diesmal haben **alle** in Frankreich, von der Rechten bis zur Linken, die Parole des Herrn von Papen ohne irgend welche Illusionen erkannt. Und eine Stimme, wie die des Herrn Pinon, ist ein Beweis dafür, daß die Absichten des heutigen Deutschland bis auf den Boden durchschaut worden sind. Deutschland andererseits geht mit dieser Parole zur Wahl, bei der sich das Lager der Herren von Papen und von Schleicher mit Hitlers Lager in alldeutschen Parolen überbieten; denn das ist gerade das Hauptkennzeichen der Wahlen vom 6. November d. J. Auf internationalem Boden wünscht Deutschland Rüstungsfreiheit und mit erstaunlicher Unverschämtheit verheimlicht es nicht, daß es diese Rüstung braucht, um die angekündigte Unterjochung der Welt zu verwirklichen. Die ganze Welt sieht das, als wenn es auf der flachen Hand läge. All dies Streben Deutschlands steht in direktem Widerspruch mit den Bemühungen, den Krieg zu verabschieden und den Frieden zu sichern, unter welchem Zeichen die internationale Politik heute tätig ist. Aber zwischen dieser Kenntnis und den Handlungen ist dauernd eine Lücke, die immer breiter wird, und durch die Deutschland Schritt für Schritt zu seinem neuen Eroberungskriege vorwärts schreitet, jetzt schon unter der offenen Parole des Sacrum Imperium!" —

Schwere Känpfe in der Mandschurei.

In Antach, 120 km nordwestlich von Charbin, kam es am Freitag zu **schweren Kämpfen** zwischen japanischen Truppen und chinesischen Freischärlern. Die Freischärler wurden durch mehrere Tausend mandschurischer Staatstruppen verstärkt, die gegen die Regierung revoltieren. Von Artillerie unterstützt, griffen sie die japanischen Truppen an. Die Japaner, die eilig Verstärkungen heranzogen und Bombenflugzeuge einsetzten, konnten die Chinesen nach längerem blutigen Gefecht in die Flucht schlagen. Die Verluste der chinesischen Freischärler sollen 1400 Mann betragen. Auch bei Tsitsikar haben neue Gefechte stattgefunden.

*

Mädchen-Verschwörung gegen den Exkaiser von China?

Schanghai, 7. November. (NT) Der Polizei von **Mandschukuo** soll es in Zusammenarbeit mit der japanischen Polizei gelungen sein, ein **Komplott** aufzudecken, das angeblich die Ermordung des Präsidenten **Puji** bezweckt hat. Eine chinesische Studentin, **Mitschu Jünan**, wurde als Attentäterin verhaftet. Sie soll gestanden haben, daß sie zusammen mit anderen Mädchen eine **große Verschwörung** einleitete, um die wichtigsten Beamten des neuen Mandschustaates zu ermorden. In dem Schlafraum der Schule, in dem Fräulein Mitschu-Jünan studierte, hat die Polizei, wie sie behauptet, kompromittierende Dokumente gefunden. Es soll festgestellt worden sein, daß die Mädchen von einem früheren Untergebenen des Marschall Tschanghsüliang zu dem Komplott aufgefordert wurden. Die Mädchen sollen auch Militärspionage betrieben haben.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 10. November.

Königswusterhausen.

06.35: Von Leipzig: Konzert. 09.00: Schulfunk: Sanssouci Hörbericht. 10.10—10.35: Schulfunk: Ein Besuch beim deutschen Robinson auf der Vogelinsel Memmert. 12.00: Wetter. Anschl.: Die Weltberühmten! (I). (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Musikalische Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde. 16.00: Pädagogischer Funk. Schulrat Georg Wolff: Lehrerarbeitsgemeinschaft. Einwirkungen des Kunsterziehungsgedankens auf die moderne Schularbeit. 16.30: Von Berlin: Konzert. 17.30: Prof. Althaus, Erlangen: Luthers Erbe und die Gegenwart. 18.00: Musikalischer Zeitspiegel. Gisela Springer: Volkstum in zeitgenössischer Klaviermusik. (Bartok, Prokofieff, Poulenc, Casella, Albéniz). 18.30: Rußland und das Abendland (I.) Dr. Nikolaus Feinberg: Ursprünge vom Staat und Kultur im alten Rußland. 18.55: Wetter. Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes. 19.00: Stunde des Landwirts. Güterdirektor Bräuninger: Sachgemäße Fütterung. 19.30: Von Leipzig: **Militärkonzert.** 20.30: „Aber Menschenskind, wohin?". Lehrspiel von Wilhelm Hermanns. 21.00: Von Langenberg: **Sinfonie-Konzert.** 22.00: Von Berlin: Wetter, Nachrichten, Sport. Anschl.: Von Hamburg: Deutscher Tanz von 1900 bis 1932.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Von Leipzig: Konzert. 09.00—09.45: Siehe Königswusterhausen. 11.30 ca.: Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft. 11.50: Konzert. 13.05 ca.: Mittagskonzert. 14.05: Schallplatten. 15.50: Das Buch des Tages. 16.10: Lieder. Aga Goretzki-Swoboda, Sopran. Am Flügel: Kurt Malig. 16.40: **Balalaikakonzert.** 17.00: Kinderfunk. 17.30: **Beethovens Klaviersonaten.** 19.00: Dr. Robert Braun: Kunst und Heiligung. 19.25: Wetter. 19.30: Von Leipzig: **Militärkonzert.** 20.30: **Fahrt ins Blaue.** 21.30: Abendberichte (I). 21.40: Zum Tanz. **Max Kuttner, Tenor. Funkkapelle.**

Königsberg-Danzig.

06.35—08.15: Von Leipzig: Konzert. 09.00: Siehe **Königswusterhausen.** 10.00: A. d. Auktionshalle Rosenau: Hörbericht der Jubiläumsauktion der Herbuchgesellschaft. 11.30: Von **Breslau:** Konzert. 13.05—14.30: Schallplatten. 13.05—14.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Jugendstunde. 16.30: Unterhaltungskonzert. 19.00: Lieder von Beethoven und Cornelius. Margarethe Pohland. 19.30: Englisch für Anfänger. 19.55: Wetter. 20.00: **Abendunterhaltung.** 21.40: **Ninke-Trio.** Schiffmann, Kirchberger, Ninke.

Warschau.

12.10: Schallplatten, Wetter. 12.35—14.00: **Aus der Philharmonie:** VI. Konzert für die Schuljugend. Philharmonisches Orchester Dir.: Oziminski. Solisten: Robowska, Pianistin; Salecki, Tenor und Wilkomirski,, Cello. 15.50: Schallplatten. 16.20: Schallplatten. 17.00: Schallplatten. 18.10: Konzert. 20.00: **Leichte Musik.** Funkorchester Dir.: Nawrot. Karin, Sopran. 23.05: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

B. W. Die Erbschaftssteuer richtet sich nach dem Verwandtschaftsgrade des Erben zu dem Erblasser. Ein Abkömmling des Erblassers zahlt bei einer Erbschaft bis 20 000 Zloty 2 Prozent Erbschaftssteuer, der Vater des Erblassers würde dagegen 8 Prozent und ein Bruder oder eine Schwester des Erblassers bei gleicher Erbsumme 14 Prozent, entferntere Verwandte 18 Prozent und ein Erbe, der mit dem Erblasser überhaupt nicht verwandt war, sogar 25 Prozent zu zahlen haben.

Posen 200. Wenn Sie das Grundstück vor Erlaß der Aufwertungsverordnung, d. h. vor dem 28. 4. 1924, übernommen haben, und die Eintragungen vor diesem Termin stattgefunden haben, dann unterliegen die letzteren der Aufwertung, d. h. sie können herabgesetzt werden. Bei späteren Eintragungen ist dies nicht möglich; sie können nur abgeändert werden im Einverständnis mit den Berechtigten, d. h. mit Ihren Geschwistern. Eine neue Abschätzung hätte nur den Wert, daß dadurch eventuell die Berechtigten zu Entgegenkommen geneigt gemacht werden könnten.

Alter Abonnent S. Wir halten das ganze Vorgehen der Steuerbehörde nicht für gerechtfertigt. Der Gewerbesteuer unterliegen, wie es schon im Art. 1 des Gewerbesteuergesetzes heißt, nur Handels- und gewerbliche Unternehmungen, die auf Gewinn abzielen. Da der Zweck Ihrer Vereinigung offenbar nicht ist, Gewinne zu erzielen, sondern die Mitglieder vor Schaden zu bewahren, fällt sie nicht unter das Gewerbesteuergesetz. Was Ihre Vereinigung an Einnahmen erzielt, ist nicht Gewinn, sondern nur das, was die Mitglieder eingezahlt haben, und das kann unmöglich als Gewinn bezeichnet werden. Und das, was das einzelne Mitglied eventuell einmal von der Vereinigung erhält, ist gleichfalls nicht ein Gewinn sondern nur Ersatz des erlittenen Schadens und nicht einmal ein vollständiger. Sie können u. E. weder zur Patentlösung noch zur Umsatzsteuer herangezogen werden. Wir raten Ihnen, gegen die Veranlagung zu dieser Steuer Berufung einzulegen. Es müssen aber gewisse Fristen dabei beobachtet werden; es empfiehlt sich deshalb, einen erfahrenen Fachmann mit der Sache zu betrauen.

E. S. Gostyn. Bei der Invalidenrente auf Grund des Gesetzes über die Versicherung geistiger Arbeiter ist von einer Wartezeit nicht die Rede. Der Art. 22 des Gesetzes bestimmt einfach und klar, daß auf die Invalidenrente ein Versicherter Anspruch hat, der unfähig ist zur Ausübung seines Berufs — unabhängig von seinem Alter. Dann folgt eine Definition des Begriffs der Unfähigkeit zur Ausübung des Berufs und im Art. 23 die Bestimmung, daß auf die Invalidenrente keinen Anspruch hat, wer diese Unfähigkeit absichtlich verursacht hat. Das ist alles. Von der Bedingung einer bestimmten Zeit der Versicherung ist nichts gesagt.

Br. Sch., Wejherowo. Wahrscheinlich sind Ihre Anfragen längst beantwortet, und Sie haben die Antwort nur übersehen. Unter welchem Kennwort wollten Sie denn den Bescheid haben, und worauf bezogen sich die beiden Fragen? Wenn Sie uns darüber aufklären, werden wir Ihnen Auskunft geben können. Bei der Fülle der Anfragen können wir nicht alle Namen im Kopfe haben und können auch darüber nicht Buch führen.

M. R. 1000. Wenn Ihre Schwester kein Testament hinterlassen hat, so erbt der Ehemann der Verstorbenen, also Ihr Schwager, die Hälfte des Nachlasses Ihrer Schwester und dazu noch allein die zum ehelichen Haushalt gehörigen Gegenstände als Voraus. Die andere Hälfte des Nachlasses verteilt sich auf die hinterbliebenen Verwandten der Verstorbenen so, daß die Hälfte dieser Hälfte, also ein Viertel, Ihrer Mutter und das 2. Viertel Ihnen, Ihrem Bruder, und dem Kinde Ihrer anderen verstorbenen Schwester zufällt, und zwar zu gleichen Teilen. Die vor 6 Jahren verstorbene, unverheiratete Schwester kommt bei der ganzen Sache nicht in Frage („Erben kann nur, wer lebt".) und ebensowenig der Ehemann der vor 5 Jahren verstorbenen Schwester. Die Staatsangehörigkeit Ihres in diesem Jahre verstorbenen Schwagers ist von keiner Bedeutung.

K. R. 10. Von polnischer Seite wird in diesem Falle kein Ausfuhrzoll erhoben; auf deutscher findet Verzollung statt, die aber nicht erheblich ist. Sie können schicken, soviel Sie wollen.

A. F. 72. Sie haben auf den Nachlaß Ihres verstorbenen Sohnes keinen gesetzlichen Erbanspruch. Seine einzigen Erben waren sein Kind und seine Ehefrau, und die einzige Erbin des später verstorbenen Kindes ist dessen Mutter.

R. 30. Wenn der Vater zur Zahlung der Alimente außer Stande ist, weil sein Verdienst das Existenzminimum nicht übersteigt, so ist die Gemeinde zum Unterhalt des Kindes verpflichtet und nicht Sie als Vormund. Einen neuen Alimentationsprozeß können Sie nur anstrengen, wenn Sie nachweisen können, daß der Verpflichtete über das Existenzminimum hinaus Einnahmen hat. Für die bisherigen Kosten sind Sie insofern verantwortlich, als Sie es versäumt haben, das Armenattest nachzusuchen.

F. L. 100. Diese Waren können Sie, da sie sich hüben wie drüben, d. h. im Danziger Gebiet, im freien Verkehr befinden, mitnehmen; sie unterliegen keinem Zoll.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Staatliche Landeswirtschaftsbank im Wirtschaftsleben Polens.

Anläßlich des Spartages brachten die polnischen Blätter mehrfach Artikel über die Entwicklung der staatlichen Landeswirtschaftsbank und ihres Einflusses auf das polnische Finanz- und Wirtschaftsleben. Besonders rasch hat sich das Institut in den Jahren 1927 bis 1931 entwickelt, was in nachstehender Tabelle deutlich zum Ausdruck kommt.

Jahr	Gesamtsumme der Kredite	Barkredite	% der Gesamtsumme	Emissionskredite	% der Gesamtsumme
	in Millionen Złoty				
1924	163	96	59	67	41
1925	431	266	62	165	38
1926	646	440	68	206	32
1927	1027	636	62	391	38
1928	1331	747	56	584	44
1929	1472	809	55	663	45
1930	1750	1015	58	735	42
1931	1876	1084	58	792	42
1932	1878	1055	56	823	44

(Die Ziffern für das Jahr 1932 beziehen sich auf die ersten acht Monate des laufenden Jahres).

Der Stand der Barkredite verringerte sich somit im Verlauf der ersten 8 Monate 1932 um 29 Millionen Złoty bei gleichzeitiger Erhöhung der Gesamtsumme der gewährten Kredite um 2 Millionen Złoty dank Steigerung der Emissionsanleihen in Form von Pfandbriefen und Obligationen um 31 Millionen Złoty.

Die Einlagen haben sich ständig erhöht und überstiegen zum 1. Oktober dieses Jahres um 27 Millionen Złoty den Stand von Ende 1931. Auch das Eigenkapital der Bank hat sich hauptsächlich infolge Verwendung eines Teils des Reingewinns aus dem Vorjahr um 4 Millionen auf 218 Millionen Złoty erhöht.

Der Rückgang der Barkredite ist verursacht durch die Konvertierung der kurzfristigen Kommunalanleihen und Baukredite in Obligations- und Pfandbriefanleihen, und bis zu einem gewissen Grade auch durch die Rückzahlung eines Teils der kurzfristigen Kredite.

Wie in früheren Jahren, hat die Bank in erster Linie die Kreditbedürfnisse des Wohnungsbauwesens, der Selbstverwaltungen und der Wirtschaft (Industrie und Landwirtschaft) gedeckt. Auf diese 3 Gruppen entfielen insgesamt 76 Prozent der ausgegebenen Kredite.

Die Kredite, die den Selbstverwaltungen gewährt wurden, beliefen sich zum 1. September dieses Jahres auf über 474 Millionen Złoty. Die Kreditschulden der Industrie bezifferten sich zum gleichen Termin auf insgesamt 274 Millionen Złoty. Von dieser Summe entfielen auf:

Barkredite für die Privatindustrie 138 Millionen Złoty.
" " " staatliche Industrie 111 " "
(sowie auf Anleihen in Form von Bankobligationen 25 Millionen Złoty. Diese Summe enthält nicht den Kredit für kommunale Industrieunternehmen in Höhe von 139 Millionen Złoty).

Liquidität und Pünktlichkeit der Rückzahlung der kurzfristigen Industriekredite stellten sich angeblich günstig dar.

Die polnische Landwirtschaft machte im laufenden Jahr von Krediten in Höhe von 212 Millionen Złoty Gebrauch, wovon auf Barkredite für die landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Handels mit Agrarprodukten 112 Millionen Złoty, auf die Lebensmittelindustrie 42 Millionen Złoty und auf Hypothekarkredite für Landgüter 59 Millionen Złoty entfielen. Die Zinsen für Hypothekarkredite wurden von 7 auf 5 Proz. gesenkt. Unter den sonstigen Kreditnehmern der Landeswirtschaftsbank wären noch die Banken zu nennen, die zum 1. September dieses Jahres insgesamt 65 Millionen Złoty von der Staatsbank in Form von Krediten erhalten haben. Die Hälfte dieser Summe entfällt auf Bankensanierungskredite. Die Verschuldung der Kreditgenossenschaften belief sich zum gleichen Termin auf etwa 11 Millionen Złoty. Für den Handel hat die Bank nur 9 Millionen an Krediten zur Verfügung gestellt.

Als Maßstab für die Bedeutung der Landeswirtschaftsbank wird hervorgehoben, daß die Eigenkapitalien der Bank zum 1. September dieses Jahres über 218 Millionen Złoty betragen haben; zum gleichen Zeitpunkt betrugen die Kapitalien und Reserven der 55 größten polnischen Banken und 5 großen Bankhäuser insgesamt 311 Millionen Złoty. Die Gesamtsumme der von diesen Banken und Bankhäusern ausgegebenen kurzfristigen Kredite betrug zusammen 1121 Millionen Złoty und die von der Landeswirtschaftsbank gewährten Barkredite allein 1055 Millionen Złoty.

Die Liquidität der Landeswirtschaftsbank hält sich auf einem verhältnismäßig hohen Niveau. Im Jahre 1931 hielt sich die durchschnittliche Höhe der Einlagendeckung durch Bargeld auf über 16 Prozent und in den ersten 8 Monaten 1932 auf einem kaum niedrigeren Niveau.

Die Rentabilität der Bank ist ebenfalls befriedigend. Der Reingewinn für 1931 betrug zwar nur 7 Millionen Złoty, d. i. 5 Millionen Złoty weniger, als im Jahre 1930, was aber eine Folge der Senkung der Provisionen, Zinsen usw. war. DPW.

Entwurf eines neuen polnischen Zollgesetzes.

Die Spitzenverbände der polnischen Wirtschaft haben dieser Tage von den polnischen Zentralstellen den Entwurf eines neuen Zollgesetzes zur Begutachtung zugesandt erhalten, der vom polnischen Finanzministerium ausgearbeitet worden ist. Dieser Entwurf eines Zollgesetzes ist nicht zu verwechseln mit dem kürzlich veröffentlichten neuen Zolltarif.

Der Entwurf des Zollgesetzes umfaßt 176 Druckseiten und soll ersetzen: die Verordnung vom 11. Juni 1920 einschließlich aller Verordnungen, die auf Grund der erwähnten Verordnung erlassen worden sind. Weiter soll das Gesetz über die Regelung der Zollverhältnisse, sowie das Gesetz über die Freihafenzonen durch die erwähnte Verordnung ersetzt werden. Die polnischen Wirtschaftskreise sind an der baldigen Neuregelung der Zollverhältnisse im Rahmen des erwähnten Gesetzes sehr interessiert. Unabhängig davon betonen die polnischen Spitzenorganisationen die Notwendigkeit einer beschleunigten Herausgabee von Erläuterungen zu dem Mitte vorigen Monats erlassenen neuen Zolltarif. Wie verlautet, hat das polnische Finanzministerium die Bearbeitung solcher Erläuterungen bereits in die Wege geleitet. Über den Zeitpunkt des Erscheinens dieses Zolltarifkommentars, der zur Ausschaltung von Zweifeln bei der Deklarierung und Tarifierung von eminenter Wichtigkeit ist, ist Näheres noch nicht bekannt geworden.

Eingeschränkte Fleischeinfuhr nach England.

London, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Im Unterhaus wurden die Regierungsmaßnahmen zur Unterstützung der englischen Viehwirtschaft und Fleischproduktion bekanntgegeben. Der Landwirtschaftsminister teilte mit, daß ein Fleischzoll nicht in Frage komme, sondern nur eine Einschränkung der Fleischeinfuhr.

Die Bank Polski schränkt Lombardkredite ein.

Die Leitung der Bank Polski hat eine Verfügung erlassen, derzufolge Wertpapiere nur noch mit 33 Prozent ihres Börsenwerts und nicht, wie bisher, mit 60 Prozent beliehen werden. Diese Verfügung steht in Verbindung mit der übermäßigen Inanspruchnahme von Lombardkrediten bei gleichzeitiger Schrumpfung des Wechselbestandes. Gemäß dem Statut der Bank Polski darf das Lombardportefeuille das Wechselportefeuille um nicht mehr als 25 Prozent übersteigen.

Da sich die Bankleitung im gegenwärtigen Zeitpunkt zu einer Erhöhung des Wechselbestandes nicht entschließen konnte, mußte sie das Anwachsen der Lombardkredite beschränken und dies umsomehr, als nach der Herabsetzung des Diskontsatzes der Bank Polski mit einer Zunahme der Anträge um Gewährung von Lombardkrediten zu rechnen ist. Die Folge dieser Maßnahme der Bank Polski dürfte sich sehr bald in einer stärkeren Abgabe von Wertpapieren und wahrscheinlich auch in einem neuerlichen Rückgang des Kursniveaus der Wertpapiere zeigen. DPW.

Deutschland kauft polnischen Hopfen. Im Hauptproduktionszentrum des polnischen Hopfens, im Bezirk Lublin, wurde die ganze diesjährige Ernte an Hopfen an deutsche Firmen verkauft, die für Primaware Preise zwischen 90 und 110 Złoty zahlten. Die Preise hielten sich also auf einem für die Käufer sehr günstigen Niveau und unterschritten die Preise insbesondere für tschechischen und jugoslawischen Hopfen.

Die Zuckerwirtschaft Polens und die internationalen Verträge.

Dr. Cr. Die jüngst von der Presse gemeldete Zustimmung Kubas zu den auf der internationalen Zuckerkonferenz gefaßten Beschlüssen, sowie die steigende Tendenz der Zuckerpreise auf den internationalen Märkten lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder einmal auf den Stand der internationalen Vereinbarungen auf dem Gebiete der Zuckerwirtschaft. Bekanntlich scheiterte die Konferenz in Ostende an dem Widerstande Kubas, so daß eine neue Konferenz in Paris für den Dezember dieses Jahres vorgesehen wurde. Die nunmehrige Zustimmung Kubas zu dem internationalen Pakt läßt auf den Erfolg der Konferenz in Paris schließen. Die Bedeutung dieses internationalen Vertrages für den Zuckerexport und die Zuckererzeugung Polens wird am besten durch eine kurze Wiedergabe des Standes der internaionalen Verträge, und durch einen Überblick über die derzeitige Lage der polnischen Zuckerwirtschaft beleuchtet.

Die starke Überhöhung der internationalen Produktionskapazität und das hierdurch zwischen Angebot und Nachfrage entstandene Mißverhältnis führten vor dem Kriege zum ökonomischen Verfall der Zuckerwirtschaft in Europa, und zwangen auf den Weg einer internationalen Regelung sowohl der Erzeugung als auch des Absatzes auf dem Weltmarkte. Diese Krise in der internationalen Zuckerwirtschaft am Anfang des 20. Jahrhunderts führte im Jahre 1902 zum Abschluß der bekannten **Brüsseler Zuckerkonvention**, die durch den Weltkrieg zerbrach. Während aber im Jahre 1902 ein Übergewicht des europäischen Rübenzuckers bestand, verschob sich der Schwerpunkt der Zuckerproduktion nach dem Kriege zu den Rohrzuckerländern und insbesondere nach Java und Kuba, so daß eine Wiederaufrichtung der Brüsseler Konvention nicht in Frage kam. Die Verschiebung der Machtverhältnisse der Zucker produzierenden Länder zu Gunsten des Rohrzuckers macht das Scheitern der vielfachen internationalen Konferenzen in der ersten Nachkriegszeit erklärlich. Erst nachdem im Laufe der Jahre die Wellen der allgemeinen Krise auf Java und Kuba übergriffen, zeigen sich auch diese beiden Länder einer internationalen Regelung geneigter.

Die Erschütterung der Machtposition der wichtigsten Rohrzuckerländer ermöglichte das Zustandekommen eines internationalen Paktes, nämlich des sog. Chadbourne-Abkommens im Jahre 1931, das eine genaue Produktionskontingentierung und Absatzquotierung für sämtliche Vertragspartner zum Inhalt hatte. Die trotz dieses internationalen Vertragsabschlusses anhaltende Krise in Kuba und Java drohte im Jahre 1932 den Zerfall des Paktes herbeizuführen. Kuba verlangte eine wesentliche Erhöhung der ihm zuerkannten Absatzquote. Nach schwierigen Verhandlungen gelang es, den Konflikt beizulegen, indem die Exportquoten für diese beiden Länder neu festgelegt wurden. Doch auch diese Revision des Chadbourne-Abkommens zu Gunsten Kubas vermochte nicht, eine nennenswerte Erleichterung der Zuckerwirtschaft in Kuba herbeizuführen. Durch die Vorgänge am amerikanischen Markt, und zwar hauptsächlich durch den Rückgang des amerikanischen Konsums, wird Kuba immer mehr auf die außeramerikanischen Märkte gedrängt. Auch in Java erfuhr die Krise im letzten Jahr eine weitere Verschärfung. Nach der Auflösung der Visp bemüht man sich in Batavia um die Gründung einer neuen Organisation.

Angesichts der Zuspitzung der Verhältnisse in den Rohrzuckerländern sind die Forderungen Kubas auf der Ostender Konferenz erklärlich. Die Ostender Vorschläge sahen folgende Regelung vor: ursprünglich hat man Kuba für 1932 insgesamt 985 000 Tonnen Zucker zur Ausfuhr nach außeramerikanischen Ländern zugestanden. Diese Menge setzte sich zusammen aus der bewilligten Quote von 805 000 Tonnen und aus der von Deutschland nicht ausgenutzten Ausfuhrquote von 65 000 Tonnen für 1931, sowie 115 000 Tonnen Anteil an der deutschen Nichtausfuhr 1931/1932. Für 1933 war Kubas planmäßige Ausfuhrquote von 855 000 Tonnen auf 1 Million Tonnen erhöht worden, worin 75 000 Tonnen nicht ausgenutzter deutscher Ausfuhrquote für 1932/1933 enthalten waren. Für 1934 wurde für Kuba eine Planausfuhrquote von 855 000 Tonnen festgesetzt, wozu als eventueller Anteil an der deutschen Nichtausfuhr 75 000 Tonnen und als javanischer Anteil weitere 130 000 Tonnen treten sollten. Diese ergaben sich aus dem Verzicht Javas auf den für alle Länder vorgesehenen 5prozentigen Zuschlag auf die Ausfuhrquoten, sofern der Newyorker Zuckerpreis 1,75 Cts. erreicht. Insgesamt sollte Kuba demnach für 1934 1 060 000 Tonnen ausführen dürfen. Die Forderungen Kubas laufen auf weitere Erhöhung der Ausfuhrquoten hinaus. Da die Kubaner, wie eingangs erwähnt, auf ihre weiteren Forderungen verzichten, kann jetzt mit einer allseitigen Unterzeichnung des Paktes in Paris gerechnet werden.

Wie wirkt sich dieser internationale Vertrag für Polen aus? Nach dem ursprünglichen Chadbourne-Abkommen wurden Polen für die Jahre von 1931 bis 1935 je 308 811 Tonnen jährlich zuerkannnt. Polen ist auf die Ausfuhr seiner über den eigenen Bedarf hinaus erzeugten Mengen an Zucker angewiesen. Die mit Zuckerrüben bebaute Fläche wies in der Zeitperiode von 1926/1927 bis 1929/1930 eine anhaltende Steigerung, nämlich von 180 454 Hektar auf 241 235 Hektar auf. Im Jahre 1930/1931 erfolgte zum ersten Mal ein starker Rückschlag auf 179 486 Hektar. Die Zuckergewinnung wuchs in dem Zeitabschnitt von 1926/1927 bis 1929/1930 von 5 023 820 Doppelzenter auf 8 242 670 Doppelzentner an. Im Jahre 1930/1931 wurden 6 939 430 Doppelzentner gewonnen. Der Rückgang des Ertrags blieb also weit hinter dem Rückgang der Anbaufläche zurück. Im Verhältnis zum Anwachsen der Bevölkerung scheint der inländische Verbrauch an Zucker trotz seiner ziffernmäßigen Steigerung eine rückläufige Tendenz aufzuweisen. Von 1926/1927 bis 1929/1930 stieg der Verbrauch von 2 971 820 Doppelzentner auf 3 500 000 Doppelzentner. Der Export ist in der gleichen Zeit von 2 052 000 Doppelzenter auf 4 790 000 Doppelzentner angewachsen, um im darauffolgenden Jahre den Stand von 3 439 430 Doppelzentner zu erreichen.

Im Hinblick auf die rückläufige Tendenz der Ausfuhr und des Verbrauchs wurde von den dazu berufenen Verbandskörperschaften eine Reduktion des Anbauareals für das Jahr 1931/32 um ca. 16 Prozent angeordnet. Dieser Maßnahme lag folgende Errechnung zu Grunde: Einem Verbrauch von ca. 3 500 000 Doppelzentner und einem zuerkannten Export von 2 780 000 Doppelzentner stehen Vorräte von 1 800 000 Doppelzentner gegenüber, die im Laufe von 4 Jahren liquidiert sein sollen. Demnach kann Polen nicht mehr als ca. 5 830 000 Doppelzentner produzieren, wenn es seine Zuckerwirtschaft noch einigermaßen rentabel erhalten will. Da die tatsächliche Produktion für das Jahr 1930/1931 6 940 000 Doppelzentner betrug, mußte also eine Reduktion der Erzeugung um ca. 16 Prozent stattfinden. Die von den Verbänden vorgesehene und durch die Verhältnisse (anhaltend sinkende Preisgestaltung) erzwungene Maßregel, das Anbauareal zu schmälern, wird aber mit Recht in sachverständigen Kreisen als sehr nachteilig für die Landwirtschaft empfunden.

Das Problem in Polen ist also: wie kann man unter Beibehaltung der Polen zuerkannten Exportquote die Rentabilität der Zuckerwirtschaft wahren, ohne das Anbauareal schmälern zu müssen? Als wirksamstes Mittel wird die Verfütterung von Zucker, ferner die Förderung des Verbrauchs im Inlande empfohlen. Es fehlt auch nicht an Stimmen, die in der mangelhaften Organisation der Zuckerwirtschaft in Polen den Grund für die sinkende Tendenz der Preise erblicken, und durch Abstellung dieser Mißstände Besserung erhoffen. So z. B. wirken die Bezahlungsmethoden der Zuckerfabriken und die Schwierigkeiten, die dem Rübenproduzenten bei der Ablieferung von Rüben gemacht werden, allgemein verärgernd. Auch durch mangelhafte Zusammenarbeit zwischen den Rübenproduzenten und den Zuckerfabriken, insbesondere in den Gebieten der Wojewodschaften Posen und Pommerellen, wird der Zuckerrübenanbau und die Rentabilität stark in Mitleidenschaft gezogen. Allerdings lassen sich auf dem Gebiete der Konzentration im letzten Jahr wesentliche Fortschritte feststellen. So kam am Anfang dieses Jahres zwischen dem Verband der Rübenproduzenten in Warschau und dem Verband der Rübenerzeuger in Posen ein Vertrag zustande, wonach ein gemeinsamer Interessenverband „Rada Naczelna Zwiazkow Plantatorów Buraka Cukrowego Rzczpl. Polskiej" gegründet wurde.

Die Polnische Regierung hat sich entschlossen, durch eine Ermäßigung des Zuckerverbrauchspreises den Verbrauch anzuregen, um so den Rübenanbau zu fördern. Der Erfolg dieser Regierungsmaßnahme wird vielfach bestritten. Die Steigerung des Verbrauchs und die dadurch zu erwartende Preiserhöhung hängt letzten Endes von dem Wiederaufstieg der allgemeinen Konjunktur ab.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 8. November auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Złoty am 7. November. Danzig: Ueberweisung 57,57 bis 57,68, bar 57,60—57,71, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,975—47,375, Wien: Ueberweisung 79,31—79,79, Prag: Ueberweisung 377,80—379,80, Zürich: Ueberweisung 58,10, London: Ueberweisung 29,37.

Warschauer Börse vom 7. Novbr. Umsätze, Verkauf — Kauf, Belgien *), 124,44 — 123,82, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,80, 359,70 — 357,90, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 29,45, 29,60 — 29,30, Newyork 8,913, 8,933 — 8,893, Oslo —, Paris 35,01, 35,01 — 34,92, Prag 26,40, 26,46 — 26,34, Riga —, Sofia —, Stockholm 156,25, 157,03 — 155,47, Schweiz 171,90, 172,33 — 171,47, Tallin —, Wien —, Italien 45,70, 45,92 — 45,48.

*) Belgien Umsätze 124,15 — 124,10.

Freihandelskurs der Reichsmark 211,60.

Berlin, 4. November. Amtl. Devisenkurse. Newyork 4,209—4,217, London 13,83—13,92, Holland 169,48—169,72, Norwegen 70,68—70,82, Schweden 73,28—73,42, Belgien 58,56—58,66, Italien 21,56—21,60, Frankreich 16,53—16,57, Schweiz 81,13—81,29, Prag 12,465—12,485, Wien 51,95—52,05, Danzig 82,04—82,20, Warschau 46,975—47,375.

Züricher Börse vom 7. November. (Amtlich.) Warschau 58,10, Paris 20,38, London 17,16, Newyork 5,18 3/4, Brüssel 72,20, Italien 26,56, Spanien 42,50, Amsterdam 208,70, Berlin 123,10, Stockholm 90,50, Oslo 87,50, Kopenhagen 89,50, Sofia 3,74, Prag 15,36, Belgrad 7,00, Athen 3,00, Konstantinopel 2,47, Bukarest 3,08 1/2, Helsingfors 7,40, Buenos Aires 1,10, Japan 1,08.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zł., do. kl. Scheine 8,87 Zł., 1 Pfd. Sterling 29,25 Zł., 100 Schweizer Franken 171,22 Zł., 100 franz. Franken 34,87 Zł., 100 deutsche Mark 210,00 Zł., 100 Danziger Gulden 173,02 Zł., tschech. Krone —.— Zł., österr. Schilling —.— Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 7. November. Es notierten: 5proz. Konvert.-Anleihe 39,50 G., 8proz. Obligationen der Stadt Posen 1926 92 +, 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft 55,50—55 B., 8proz. Gold-Amortisations-Dollarbriefe der Posener Landschaft 57,50 G., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 31 B., 4proz. Prämien-Dollaranleihe (Serie 3) 48 G., 6proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 11 B., 4proz. Prämien-Invest.-Anl. 95,50 G., 3proz. Bauanleihe (Serie 1) 35 G., Bank Polski 83 B. Tendenz belebt. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 7. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen 45 to 15.25

Richtpreise:

Weizen	23.25—24.25	Sommerwicke	—.—
Roggen	14.80—15.00	Blaue Lupinen	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	13.50—14.00	Gelbe Lupinen	—.—
Mahlgerste 68—69 kg	14.00—14.75	Raps	38.00—39.00
Braugerste	16.00—17.50	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Hafer	14.50—14.75	Senf	39.00—45.00
Roggenmehl (65%)	23.50—24.50	Blauer Mohn	100.00-110.00
Weizenmehl (65%)	36.50—38.50	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenkleie	9.00—10.00	Roggenstroh, gepr.	—.—
Weizenkleie (grob)	10.00—11.00	Heu, lose	—.—
Roggenkleie	8.75—9.00	Heu, gepreßt	—.—
Winterrübsen	35.00—40.00	Netzeheu, lose	—.—
Peluschken	—.—	Netzeheu, gepr.	—.—
Felderbsen	—.—	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	21.00—24.00		
Folgererbsen	30.00—33.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 105 to, Weizen 15 to, Gerste 15 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Braugerste, Mahlgerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Warschau, 7. November. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: **Roggen** 16,00—16,25, **Einheitsweizen** 26,50 bis 27,00, **Sammelweizen** 26,00—26,50, **Einheitshafer** 17,00 bis 17,50, **Sammelhafer** 16,00—16,50, **Grützgerste** 15,75—16,25, **Braugerste** 17,00—18,00, **Speisefelderbsen** 24,00—26,00, **Viktoriaerbsen** 26,00—29,00, **Winterraps** 48,00—49,00, **Rotklee ohne dicke Flachsseide** 125,00—140,00, **Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt** 130,00 bis 145,00, **roher Weißklee** 110,00—140,00, **roher Weißklee bis 97% gereinigt** 150,00—210,00, **Luxus-Weizenmehl** 45,00—50,00, **Weizenmehl** 4/0 40,00—45,00, **Roggenmehl I** 27,00—29,00, **Roggenmehl II** 21,00 bis 23,00, **Roggenmehl III** 21,00—23,00, **grobe Weizenkleie** 11,00—11,50, **mittlere** 10,00—10,50, **Roggenkleie** 9,00—9,50, **Leinkuchen** 21,50—22,00, **Rapskuchen** 16,50—17,00, **Sonnenblumenkuchen** 17,50—18,00, **doppelt gereinigte Seradella** —,—, **blaue Lupinen** —,—, **gelbe** —,—, **Peluschken** 16,50—17,50, **Wicke** —,—.

Umsätze 2840 1/2 to, davon 630 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Marktbericht für Sämereien der Firma **B. Hozakowski** Thorn, vom 7. November. In den letzten Tagen wurde notiert Złoty per 100 Kilogramm loko Verladestation:

Rotklee 120—150, Weißklee 120—220, Schwedenklee 125—160, Gelbklee 100—110, Gelbklee, in Kappen 40—50, Inkarnatklee 45—55, Wundklee 160—190, Reygras hiesiger Produktion 30—35, Tymothe 22—26, Seradella 13—15, Sommerwicken 16—17, Winterwicken 28—35, Peluschken 16—17, Viktoriaerbsen 22—24, Felderbsen 20—22, grüne Erbsen 30—34, Pferdebohnen 16—18, Gelbsenf 42—50, Raps 36—40, Sommerrübsen 44—50, Saatlupinen, blaue 8—10, Saatlupinen, gelbe 10—12, Leinsaat 28—32, Hanf 40—45, Blaumohn 110—120, Weißmohn 115—125, Buchweizen-Konsum 20—22, Hirse-Konsum 18—20.

Danziger Getreidebörse vom 7. November. (Nichtamtlich.) Weizen, 128 Pfd., 15,00, Roggen 9,25—9,60, Braugerste 10,25 bis 10,75 Futtergerste 9,00—9,50, Hafer 8,80—9,25, Viktoriaerbsen 13,00—16,00, grüne Erbsen 17,50—21,50, Roggenkleie 6,15, Weizenkleie 6,40, Weizenschale 6,65 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Preise haben sich leicht befestigen können. Durchschnittsgerste bringt G. 4,80 p. Ztr. Roggen für Konsum bringt denselben Preis.

November-Lieferung.

Weizenmehl 4/0 25,00 G., 60% Roggenmehl 16,25 G. per 100 kg frei Bäckerei Danzig.

Berliner Produktenbericht vom 7. November. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 197,00—199,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 156,00 bis 158,00, Braugerste 170,00—180,00, Futter- und Industriegerste 162,00—169,00, Hafer, märk. 132,00—137,00, Mais —.—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 24,00—27,25, Roggenmehl 20,50—22,60, Weizenkleie 9,00—9,40, Roggenkleie 8,25—8,60, Raps —.—, Viktoriaerbsen 22,00—26,00, Kl. Speiseerbsen 20,00—23,00, Futtererbsen 14,00 bis 16,00, Peluschken —.—, Ackerbohnen —.—, Wicken —.—, Lupinen, blaue —.—, Lupinen, gelbe —.—, Serradella —.—, Leinkuchen 10,10, Trockenschnitzel 9,10—9,30, Soya-Extraktionsschrot 10,20, Kartoffelflocken —,—.

Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 7. November.) Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 gr 13 1/4, Klasse A über 60 g 12 3/4, Klasse B über 53 g 12, Klasse C über 48 g 10; frische Eier: Klasse A über 60 gr —, Klasse B über 53 g 11; aussortierte kleine und Schmutzeier 7 1/4—7 3/4. Auslandseier: Dänen: 18er 13, 17er 12 1/2, 15 1/2—16er 12, leichtere 8 1/2—9; Schweden: 18er 13, 17er 12 1/2, 15 1/2—16er 12, leichtere 8 1/2—9; Holländer: Durchschnittsgewicht 68 g —, 60—65 g —, 57—58 g —; Rumänen: 8—9; Jugoslawien: —; Polen: große —, normale 8; Russen: normale 8; Polen: normale 8, abweichende 7 1/4—7 1/2; kleine, Mittel- und Schmutzeier 6 1/2—7; Kalkeier: extra große 8—8 1/2, große 7 1/2, normale 6 3/4—7; Kühlhauseier: extra große 10, große 8—8 1/2, normale 7—7 1/2.

Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergroßhändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen.

Tendenz: fest.

Viehmarkt.

London, 7. November. Amtliche Notierungen am englischen Baconmarkt für 1 cwt. in engl. Sh.: Polnische Bacons Nr. 1 sehr mager 45, Nr. 2 mager 44, Nr. 3 42, Nr. 1 schwere sehr magere 44, Nr. 2 mager 43, Sechser 40. Polnische Bacons in Liverpool 46—49. Die Gesamtzufuhr betrug in der Vorwoche in London 79 161 cwt., wovon auf Polen 10 067 cwt. entfielen. Die Preislage wies keine Veränderungen auf. Bei mäßigen Umsätzen blieb die Tendenz ruhig. Man erwartet für die nächste Zeit am englischen Markt keine Preisaufbesserung.